

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7305.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6. Sonnabend, den 5. Februar 1910. 14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Gewerbeberichte und Einigungsämter. — Zu den Bezirksarbitrationsverfahren in der Granitindustrie. — Das bawische Ministerium des Innern über die Arbeitslosenversicherung. I. — Die Marmorlager in Deutsch-Südwestafrika. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Umgehung der Arbeiterschutzgesetze. — Korrespondenzen. — Zur Debatte über die bevorstehende Generalversammlung. — Gedicht: Legter Gruß. — Literarisches. — Feuilleton: Die deutsche Schieferindustrie. II.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Stiebig. Die Pflastersteinarbeiter haben am 8. Januar bei der Firma Zachmann wegen der vorgenommenen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. Nach dem Grünsteinbruch Stiebig bei Baugen ist Zugang zu meiden.

Baugen. Bei der Firma Colditz (Stz Dresden) haben elf Kollegen die Arbeit eingestellt. Es sind Differenzen ausgedrückt wegen der Bezahlung des harten Posteaer Sandsteins. Zugang ist streng fernzuhalten.

Wildemann. Die Pflastersteinbrüche Einersberg und Adlersberg, der Firma Sieghelm gehörig, sind gesperrt.

Eberdorf. Wegen Lohnreduzierung ist der Pflastersteinbruch von Friedrich Pfuhl in Barleben gesperrt.

Baumholder. Der Streit bei der Firma Burger verliert für unsere Kollegen ungünstig.

Waldmühlstein (Sahatal). Am 17. Januar wurden wiederum neun Kollegen gemagtregelt. Der Firmeninhaber Krebs weigerte sich, mit dem Gaulteier zu verhandeln. Die anderen Kollegen reichten ihre Kündigung ein.

Waldmühlstein (Sahatal). Bei der Firma Dassel sind den Granitbauern und Schleifern harte Lohnabzüge gemacht worden. Diefenigen Kollegen, die deswegen reklamierten, wurden entlassen; die anderen Verbandsmitglieder reichten die Kündigung ein. Zugang streng fernhalten.

Osthol. Die Aktiengesellschaft hat eine gewaltige Tarifherabsetzung vorgenommen. Diese Maßnahme wird mit schlechtem Geschäftsgang begründet.

Waldmühlstein (Sahatal). Die Dolomit- und Kalksteinwerke Holzen sind wegen Lohnreduktion gesperrt.

Gewerbeberichte und Einigungsämter.

Von den sämtlichen Gerichtsorganisationen in Deutschland sind es die Gewerbeberichte, die sich das Vertrauen und die Anerkennung der Arbeiterschaft erworben haben. Die Grundlage dieses Vertrauens bildet zunächst schon ihre Organisation und Zusammenfassung, sodann aber auch ihre Tätigkeit, die natürlich von dieser beeinflusst wird.

Die Gewerbeberichte beschäftigen sich nicht nur mit Streitfragen aus dem alltäglichen Leben des Arbeiters, sondern diese betreffen auch Angelegenheiten, die mit den wichtigsten Interessen der Arbeiter zusammenhängen, die verschiedenen Seiten des Arbeitsverhältnisses, die bestimmend für die Gestaltung der Arbeiterexistenz sind. Und bei der Entscheidung dieser Streitfragen kann nur der Arbeiter als Mitglied des Gewerbeberichts, als Gewerbebericht, mitwirken und durch seine Sachkunde, die dem gelehrten Berufsrichter abgeht, den Entscheid zugunsten des rechtfindenden Arbeiters beeinflussen. Eine reiche und vieljährige Praxis hat gelehrt, daß der Arbeiter als Gewerbebericht nicht in parteiischer Weise seinem klagenen Klassenossen unter allen Umständen recht gibt, sondern daß er objektiv bleibt und den Arbeiter mit seiner Lage abweist, wenn er damit im Unrecht ist. Es erkennen denn auch alle objektiv urteilenden bürgerlichen Kreise, die auf diesem Gebiet unterrichtet sind, vorbehaltlos und offen die völlige Objektivität des Arbeiter als Gewerbebericht an.

Eine gute Folge haben diese Erfahrungen bis jetzt gehabt, nämlich die teilweise Heranziehung der Arbeiter auch zu den Schöffengerichten und Schwurgerichten, die ja weit weniger das Vertrauen des arbeitenden Volkes genießen, da sie einseitig zusammengesetzte bürgerliche Gerichte, Klassengerichte gegen die Arbeiter sind.

Dagegen werden die Arbeiter, namentlich in Preußen, unter der Gewalttherrschaft einer mächtigen und herrschsüchtigen, reaktionären und volksfeindlichen Bürokratie, hinter der als fäustliches Volkwerk das gesamte Junkertum mit Einschluß der Regierung und der Justiz steht, von allen öffentlichen Funktionen systematisch ausgeschlossen. Es sei nur daran erinnert, daß in ganz Preußen kein Sozialdemokrat Mitglied einer Schulbehörde sein darf und daß die oberen Verwaltungsbehörden bis jetzt noch immer solche Wahlen durch die Gemeindebehörden als ungültig erklärt oder den in die Schulbehörden gewählten Sozialdemokraten die Bestätigung verweigert haben.

Die Gewerbeberichte haben sich vortrefflich entwickelt, namentlich seitdem das residierende Gesetz von 1901 ihre Einführung für alle Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern obligatorisch machte und dadurch eine größere Anzahl derselben, die diese Institution noch nicht besaßen, gezwungen wurden, solche einzuführen. Wie diese Bestimmung wirkte, geht daraus hervor, daß im Jahre 1900 316 Gewerbeberichte bestanden, 1903 aber 373, 1905 406 und 1907 444, eine Vermehrung um 128 in 7 Jahren. Die Zahl der anhängig gemachten Streitfälle stieg von 1900 bis 1907 von 84 164 auf 115 586, um mehr als

ein Drittel. Davon entfielen auf die Arbeiter 75 761 und 105 586 Klagen, die sie gegen Unternehmer, 335 und 403, die sie gegen Mitarbeiter erhoben, und die Zahlen der Klagen, die Unternehmer gegen Arbeiter erhoben, sind für die zwei angeführten Jahre 8068 und 9598; die Klagen der Arbeiter gegen Unternehmer haben sich um fast die Hälfte vermehrt, während die gegen Mitarbeiter nur eine geringe Vermehrung erfahren haben und deren Gesamtzahl geradezu bedeutungslos ist und hinter den 105 000 Klagen der Arbeiter gegen Unternehmer völlig verschwindet. Es erscheint daher um so frivoler, wenn Scharfmacher scharfe Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter gegen ihre Mitarbeiter fordern und man darf da mit vollem Rechte sagen: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“ Auch die Klagen der Unternehmer gegen Arbeiter haben nur eine bescheidene Vermehrung erfahren und verschwinden völlig gegenüber den gegen sie erhobenen Arbeiterklagen.

Die riesengroße Zahl der Arbeiterklagen gegen Unternehmer, die sich nicht nur Jahr für Jahr wiederholen, sondern stets noch eine weitere Vermehrung erfahren und die in ihrer Gesamtheit alle Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses betreffen, beweisen, wie viel Vergewaltigung, Benachteiligung und Unrecht überhaupt von Unternehmerseite das Jahr hindurch und immer wieder aufs neue gegen Arbeiter verübt und in welchem großen Umfang diese geschädigt werden. Da die Arbeiter in den meisten Fällen ganz oder zum Teile vor den Gewerbeberichten Erfolg erzielen, so geht daraus hervor, daß die große Mehrzahl ihrer Klagen begründet sind. Berücksichtigt man ferner, daß lange nicht alle Fälle der gesetzwidrigen Leberverletzung durch Unternehmer von den geschädigten Arbeitern zum Gegenstand einer Klage vor dem Gewerbebericht gemacht werden und manches Unrecht aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel Gleichgültigkeit, Scheu vor dem Gericht, Schwierigkeit der Beweisführung usw., stillschweigend ertragen wird, so wird klar, wie ungesund und auf die Dauer unhaltbar auch von diesem Standpunkt aus die privatkapitalistische Produktion, das private Arbeitsverhältnis für die Arbeiterklasse ist.

Dem Streitwerte nach entfielen die meisten Klagen immer auf Forderungen bis zu 20 Mark, die aber für den arbeits- und mittellosen Arbeiter von größtem Werte sind. Auf jeden Fall beweisen sie die Notwendigkeit der raschen und billigen Rechtssprechung, wie die Gewerbeberichte sie bieten. So entfielen im Jahre 1907: 52 092 Klagen auf Beträge bis zu 20 Mark, 33 247 bis zu 30 Mark und 18 074 auf über 30 bis 100 Mark. In 48 348 Fällen kam es zu Vergleich, in 2972 zum Bericht im Sinne des § 306 der Zivilprozessordnung, in 1873 zum Erkenntnis, in 11 086 zu Versammlungsbeschlüssen und in 19 011 Fällen zu „andern Endurteilen“. In 581 Fällen wurde gegen den Gewerbeberichtsentscheid Berufung eingelegt.

Die 444 Gewerbeberichte hatten im Jahre 1907 ein gewaltiges Stück Arbeit zu bewältigen. Im Durchschnitt waren von jedem 260 Fälle zu erledigen. In den letzten zwei Jahren — 1908 und 1909 — dürfte die Finanzspruchnahme der Gewerbeberichte weitere Ausdehnung erfahren haben.

Naturngemäß ist die Tätigkeit der Gewerbeberichte als Einigungsämter eine viel vielseitigere als die auf dem Gebiet der Rechtssprechung, aber darum eine nicht minder wichtige.

Im Jahre 1898 waren 272 „Anrufungen“ zu verzeichnen, 1900: 287, 1902: 144, 1905: 350, 1906: 493 und 1907: 399. Die Zahlen schwanken erheblich von Jahr zu Jahr, woraus aber keinerlei Schlüsse darauf gezogen werden können, daß sich die Einigungsämter nicht bewährt hätten. Diese Schwankungen haben vielmehr in einer ganzen Reihe anderer Faktoren ihre Ursache. Es gibt nicht in jedem Jahre gleich viel Lohnkonflikte in den einzelnen Gemeinden, wo Gewerbeberichte bestehen; es besteht nicht in allen Gewerben die gleiche Möglichkeit dafür, Konflikte direkt zwischen den einzelnen Parteien auszutragen oder die Intervention des Einigungsamtes in Anspruch zu nehmen und es sind nicht jedes Jahr die gleichen Berufsgruppen, die Lohn- oder Streikbewegungen haben. Wesentlich für die Wertschätzung und das Vertrauen, die sich die Einigungsämter in den beteiligten Kreisen erworben haben, ist der Umstand, daß sie häufig von beiden Parteien angerufen werden, so im Jahre 1907 in 180 (1906: 253) Fällen, während von den Arbeitern allein die Anrufung in 150 (1906: 234) und von den Unternehmern in 9 (6) Fällen erfolgte. Von Interesse ist das seltene Vorkommen der einseitigen Anrufung des Einigungsamtes durch die Unternehmer.

Wichtig zur Beurteilung der sozialen Bedeutung der Einigungsämter ist ihr Erfolg. Von einer gewissen Seite ist nun darüber absparend geurteilt worden, wozu aber unseres Erachtens kein triftiger Grund vorliegt. So sind in 1907 von den 399 Fällen 135 durch Vereinbarungen (1906 von 493 deren 195) erledigt worden, 51 (38) durch Schiedspruch, während 78 (20) unerledigt blieben. So bleibt allerdings ein weiterer Rest, über den das statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches, dem wir die Angaben entnehmen, keine nähere Aufklärung enthält. Dem Schiedspruch unterwarfen sich in 39 (29) Fällen beide Parteien, in 7 (3) nur die Unternehmer, in 2 (4) nur die Arbeiter, während er in 3 (2) Fällen von keiner Partei akzeptiert wurde. In 25 (33) Fällen gaben die Einigungsämter Gutachten ab, in 6 (8) stellten sie Anträge.

Im Jahre 1907 wurden demnach zusammen 174 Fälle, die größere Hälfte der Gesamtzahl von 399, durch Vereinbarungen oder von beiden Parteien angenommene Schiedsprüche erledigt. Dieser Erfolg der einigungsamtlichen Tätigkeit darf als befriedigend bezeichnet werden. Man muß sich eben vergegenwärtigen, daß in sehr vielen Fällen das Einigungsamt angerufen wird, wenn die direkten Verhandlungen der beiden Parteien miteinander gescheitert sind und die Situation verschärft und kritisch geworden ist. So verdient die Tätigkeit der Gewerbeberichte als Einigungsämter ebenfalls unsere Anerkennung.

In bezug auf die zukünftige Gestaltung der einigungsamtlichen Tätigkeit der Gewerbeberichte möchten wir noch hervorheben, daß sie infolge der fortschreitenden Ausdehnung des Geltungsbereiches der Tarifverträge von einem Orte auf einen ganzen Bezirk, auf eine Provinz oder das ganze Reich eine erhebliche Einschränkung erfahren werden, während oder gleichzeitig ihr selteneres Eingreifen entsprechend höhere Bedeutung gewinnt.

Die Gewerbeberichte und Einigungsämter gehören ihrem Wesen nach zu den besten sozialpolitischen Schöpfungen, die aber für niemanden eine besondere Belastung bilden, dagegen eine

geradezu gemeinnützige Wirksamkeit entfalten. Daran mag man auch denken angesichts der Heereien der Scharfmacher und des neuen kapitalistischen Hansabundes gegen die Weiterführung der sozialen Gesetzgebung und gegen die Sozialpolitik überhaupt.

Zu den Bezirksarbitrationsabschlüssen in der Granitindustrie.

In der Granitindustrie sind in den letzten Wochen bedeutungsvolle Lohnbewegungen zu Ende geführt worden. Ueber den neuen Bezirks-Tarifabschluß des Odenwaldes haben wir in Nr. 4 des „Steinarbeiters“ eingehend berichtet. Die Odenwälder Kollegen erreichten einen neu zusammengestellten Tarif, der immerhin kleine Lohnzulagen vorsieht. Der Odenwaldgranit ist ein sehr schwer zu verarbeitendes Material, und heute wird auch dort auf Akkuratheit der Arbeit sehr großer Wert gelegt. Vor 20 Jahren wurde weiches Gestein verarbeitet; auf die feinere Ausführung wurde ebenfalls nicht groß gesehen, denn die Konkurrenz im Festischen war nicht bedeutend. Heute ist das natürlich anders. — Unsere Kollegen von der Bergstraße waren schon längst mit dem abgelassenen Tarif unzufrieden, denn die Spezifizierung der einzelnen Positionen war eine recht ungenügende. — Im Odenwald wird in den Reihen der Verbandskollegen aber schon seit Jahren anerkannt, daß die Schaffung des Bezirksarbitrations im Prinzip merkliche Vorteile bietet.

Weniger erbaunt sind unsere Kollegen im Bayrischen Wald über die diesmalige Tarifverlängerung, die bis zum Jahre 1912 akzeptiert wurde. Der Grund, warum die Kündigung nicht ausgesprochen wurde, liegt natürlich im schleppenden Geschäftsgang. Nur schweren Herzens wurde der zweijährigen Verlängerung zugestimmt, denn im Bayrischen Wald sind die Löhne außerst niedrig. Steinmehrer und Brecher erhalten 35—38 Pfg. Stundenlohn; fürwahr ein sehr geringer Satz. Die Steinmehrer arbeiten meist im Akkord, und sie dürften im Durchschnitt den tariflichen Stundenlohn wohl kaum erreichen. Wir kennen kein Gebiet in der Steinindustrie, wo noch schlechtere Löhne bezahlt werden. Dabei wurde durch den Steinarbeiterverband im Jahre 1908 immerhin eine Lohnzulage errungen, und insbesondere konnte der Bezirksarbitrat, der für ein großes Steinbruchsgebiet Gültigkeit hat, geschaffen werden. Das war ein nicht zu unterschätzender Vorteil, der erreicht wurde, weil die dortigen Zustände noch sehr jung waren. Es beharrte im Jahre 1908 recht getraubender Verhandlungen, um den Bezirksarbitrat unter Dach und Fach zu bringen. Wie bekannt, griffen damals auch die Behörden vermittelnd ein, zwei Regierungsräte waren zu den zugezogenen Verhandlungen erschienen. Die Steinarbeiter erlaubten damals ohne weiteres an, daß der Verband für sie das bestmögliche geleistet hatte.

Wenn jetzt teilweise die Kollegen mißlich gestimmt sind, weil bei den Verhandlungen am 12. Januar 1910 in Plattling keine Erhöhungen herausgeholt werden konnten, so muß auch ins Auge gefaßt werden, daß überall Mangel an Aufträgen zu verzeichnen war. In Kollegentreffen ist vielfach die Meinung vorhanden, die Aufträge werden „künstlich“ zurückgehalten. Gewiß, in einzelnen Fällen mag das zutreffend sein, aber im allgemeinen nicht. Ein Steinbruchbesitzer hat es nicht so ohne weiteres in der Hand, monatlang die übernommenen Aufträge hinauszuhalten. Ueberdies müssen die Werkstücke doch auch gebrochen werden, und die verlangten Dimensionen sind nicht einmal zu erhalten. Jeder Brecher wird diese Anschauung bestätigen können.

Die Steinindustrie des Bayrischen Waldes stand etwa ums Jahr 1890 glänzend da; es wurden nur reißproffilierte Arbeiten angefertigt. Aber damals wies man den Münchner Agitatoren aus unserem Verne die Tür, denn die Löhne waren immerhin noch erträglich. Aber andre deutsche Steinbruchsdistrikte wurden erschlossen, der österreichische Zolltarif für Steinmehrarbeiter kam, und seitdem ging es dort mit unserem Verne bergab. Wenn nun die Kollegen meinen, ohne Verband in Zukunft weiter zu kommen, so würden sie sich bitter täuschen. Mit einem Schläge würde Lohnreduktion um Lohnreduktion folgen. Die Geschirfrage konnte ja unser Verband bloß nach schwerem Kampfe mit der bayrischen Granitattengesellschaft in Blaubeurg und Metten regeln. Die Christlichen hätten niemals die Schneid und die Macht dazu gehabt, diese Forderung zur Anerkennung zu bringen. Neben der Schaffung des Bezirksarbitrats wurde die Lösung der Geschirfrage im Sinne der Kollegen geregelt, der größte Erfolg im Jahre 1908. Wir müssen uns für diesmal mit minderen Erfolgen bescheiden. Die Schiedsgerichtsfrage bedarf allerdings noch der Regelung, doch in den nächsten Wochen dürfte auch hierin eine Einigung erzielt werden. Auffällig ist es, daß die vereinigten Steinindustriellen des Bayrischen Waldes auf ihre widerpenstigen Mitglieder so wenig Einfluß ausüben können. Wir sind jederzeit tarifreu; aber es sind einige Fälle bekannt, wo sich die Unternehmer verflucht wenig um die getroffenen Abmachungen kümmerten.

Von besonderer Bedeutung ist der Bezirksarbitrat des Fichtelgebirges. Zehn Zahlstellen sind an der Verlängerung desselben beteiligt, und zwar Schwarzenbach, Niederlamisch, Hof, Seuffen, Bunsfeld, Berned, Münchberg, Bayreuth und Weidenhammer. Nach dem Mitgliederstand vom 1. Januar 1910 waren in diesen zehn Zahlstellen 809 Verbandsmitglieder beschäftigt. Der Tarif wurde bis 1911 verlängert, weil auch im Fichtelgebirge die Arbeitslage eine sehr kläue war. Allerdings für die Kollegen wird der schlechte Geschäftsgang dadurch etwas unauffälliger gemacht, weil in den meisten Betrieben die Arbeitszeit erheblich eingeschränkt wurde. Daß in solchen Zeiten die Chancen unsererseits bei Tarifverhandlungen nicht günstig sind, dürfte klar sein. Es mußte schließlich damit gerechnet werden, daß unter Umständen die Unternehmer Verschlechterungen angeboten hätten. Hervorzuheben ist, daß der Bezirksarbitrat für das Fichtelgebirge nur für Monumentalfabriken in Frage kommt. Die Löhne sind auch in diesem Distrikt recht niedrig, sie sind mit der formvollendeten Arbeit, welche dort Steinmehrer und Schleifer leisten müssen, absolut nicht vereinbar. (Ueber die Lohnfrage selbst hat ja in Nr. 3 des „Steinarbeiter“ ein informierender Artikel gestanden.) Aller-

dinge haben wir dort noch eine Reihe von Unternehmern, welche der Bezirksarbeitsgemeinschaft immer noch nicht angeschlossen sind. Aber wir sind der Meinung, daß das nur eine Frage der Zeit sein kann, wenn hierin eine Aenderung eintritt.

Unsere Kollegen müssen darauf hinarbeiten, daß die Tarifkommission öfters zusammentritt. Es haben sich über die Auslegung des Tarifs selbst sehr viele Mißverständnisse eingeschlichen, welche beseitigt werden könnten. Eine bedauerliche Tatsache muß besonders festgestellt werden, und das betrifft das Urheberrecht über den Bezirksarbeitsvertrag. Zum weitaus größten Teil sind die früheren Fichtelgebirgsarbeitsverträge von unseren Kollegen allein ausgearbeitet worden, der Bezirksarbeitsvertrag fällt auf diese Vorlagen. Aber nun haben sich die Unternehmer das „Urheberrecht“ gesichert, und unser Verband kann über die Abgabe der Tarifexemplare nicht im geringsten verfügen. (Hoffentlich tritt im Obdenwald nicht dieselbe Mißere ein.)

Unter den Fichtelgebirgsarbeitern herrscht gegenüber der Verbandsleitung eine gewisse Mißstimmung, den Kollegen geht es dort zu langsam vorwärts. Wir kennen eine große Zahlstelle, wo seit langer Zeit die Versammlungen geradezu miserabel besucht werden, um desto besser glückt die Unterminierarbeit gegenüber allen Verbandsvorständen. Wir wollen weiter über diese bedauerliche Dissonanz nicht reden, hoffentlich hat die Aussprache mit einem Mitgliede der Verbandsleitung etwas mehr Beruhigung gebracht.

In Zeiten schlechten Geschäftsganges hat der Verband wiederum seine große Bedeutung hervorragend bewiesen, Lohnreduktionen, wie sie sonst jetzt recht üblich sind, konnten verhindert werden. Dadurch, daß die drei Bezirksverträge jetzt in Ordnung gebracht sind, ist der Verband gegenüber den kommenden Angriffen eher gewappnet. Den übrigen Unternehmern wird das kaum angenehm sein.

Das badische Ministerium des Innern über die Arbeitslosenversicherung.

Die Frage wegen der Schaffung der Erwerbslosenunterstützungseinrichtung in unserm Verbandsgebiet ist wegen der Eisenacher Generalversammlung sehr aktuell geworden. Es hat im Laufe des Vorjahres das badische Ministerium eine Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung herausgegeben und Genosse A. Willi-Karlsruhe hat darüber im „Korrespondenzblatt“ (siehe die Nummern 30 und 31, Jahrgang 1909) zwei instruktive Artikel geschrieben.

Nun hat ja unsere Verbandsleitung eine Vorlage über die Erwerbslosenunterstützung ausgearbeitet, welche sie aber aus verschiedenen Gründen zur Annahme nicht empfehlen kann. Die Redaktion hat in der Nr. 4 ebenfalls unzweideutig klargelegt, daß wir jetzt nicht daran denken können, die Erwerbslosenunterstützung einzuführen. — Die badische Regierungsdienstschrift enthält aber soviel interessantes Material, daß wir uns aus Gründen der Objektivität veranlaßt fühlen, die Artikel des Genossen Willi wiederzugeben. Dieser schreibt:

Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist in Baden neuerdings auf die Tagesordnung gesetzt worden durch eine vom Ministerium des Innern herausgegebene Denkschrift. Leider ist diese Denkschrift im Buchhandel nicht zu haben; sie wurde nur in einer sehr beschränkten Anzahl von Exemplaren hergestellt, was um so mehr zu bedauern ist, als die Denkschrift eine Menge von Material über die Frage der Arbeitslosenversicherung, in übersichtlicher Weise geordnet, enthält und eine gemeinverständliche Bearbeitung des reichen Materials bietet.

Den Arbeiterkorporationen der verschiedenen Richtungen hat das Ministerium die Denkschrift zugesandt und zugleich mitgeteilt, daß eine Konferenz einberufen werden soll, bei der neben den anderen Interessenten auch Vertreter der Arbeiterschaft „geboten“ wird, ihre Meinung zu der aufgeworfenen Frage zu sagen und geeignete Vorschläge zu machen. Man registriert gerne die Tatsache, die zwar etwas Selbstverständliches ist, in unserer Zeit aber, wo man über die Köpfe der Interessenten und zumal über die Köpfe der Arbeiter hinweg Gesehe zu fabrizieren gewohnt ist, leider zu den Ausnahmen gehört.

In der Einleitung gibt die Denkschrift zunächst eine Erläuterung, was man unter Arbeitslosigkeit in vorliegendem Falle zu verstehen hat. Danach wäre als feststehend anzunehmen, daß unter Arbeitslosigkeit, als einer wirtschaftlichen Erscheinung, stets die unfreiwillige Arbeitslosigkeit zu verstehen ist. Arbeitslosigkeit in diesem Sinne liegt vor, wenn ein arbeitswilliger und arbeitsfähiger Arbeitnehmer seine Beschäftigung verloren, eine andre angemessene Beschäftigung noch nicht gefunden hat und zurzeit nicht finden kann.

Die Denkschrift stellt sodann den Satz auf, daß die als wirtschaftliche Massenerscheinung auftretende Arbeitslosigkeit, die mit der zunehmenden Industrialisierung der Wirtschaft zeitweise einen vorher nie geahnten Umfang annahm, Gegenstand des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Fürsorge wird. Dieser Satz in einer Regierungsdienstschrift bedeutet einen anerkanntenswerten Fortschritt; hat man doch bis in die neueste Zeit hinein auf bürgerlicher Seite in den Kommunen und in den Parlamenten das öffentliche Interesse in der Binderung der Folgen wirtschaftlicher Krisen für die Arbeiter gelegnet und dementsprechend die Vorschläge der Arbeitervertreter zur Milderung der Not der Arbeitslosigkeit vielfach einfach in den Papierkorb befördert.

Als zur Milderung der Arbeitslosigkeit und deren Folgen geeignete Maßnahmen bezeichnet die Denkschrift: Vorbeugung, Bekämpfung und Fürsorge. Als Vorbeugungsmaßnahmen werden genannt: Regelung der Produktion, Organisation der Industrie, die Wirtschaftspolitik, Regelung der Arbeitszeit, Verschönerungen der verschleppbaren Arbeiten auf die stille Zeit, besonders auf den Winter, gleiche Arbeitsverteilung auf den vorhandenen Arbeitsstand, Abschaffung von Überstunden, Arbeitszeitverkürzung statt Entlassung, auch Begrenzung des vom einzelnen Arbeiter zu leistenden Rahmes von Arbeit.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll erfolgen durch Vermittlung vorhandener oder Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten. Dabei wird großes Gewicht gelegt auf die Organisation des Arbeitsnachweises, während die Schaffung besonderer Arbeitsmöglichkeiten durch Staat und Gemeinde stets nur in beschränktem Maße möglich sei und die Kostensarbeiten als teuer und unwirtschaftlich bezeichnet werden.

Es ist als richtig anzuerkennen, daß Staat und Gemeinde in der Schaffung besonderer Arbeitsmöglichkeiten beschränkt sind, aber jedenfalls könnte viel, viel mehr geschehen, als bisher geschehen ist zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wenn Staat und Gemeinde auf dem Gebiete der Wohnungspolitik beispielsweise herabsetzen würden, so könnten sie neue Arbeitsmöglichkeiten in Menge schaffen.

Zwischen Vorbeugung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegen, so heißt es in der Denkschrift, die Fürsorgemaßnahmen, deren Ziel es ist, den Betroffenen vor den wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit, der Verschlechterung seiner Lebenshaltung, dem Herabsinken in die Armenpflege, vor Obdachlosigkeit und Bettel zu bewahren: Die Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitslosenversicherung. Beide wollen eine Grenze ziehen gegen öffentliche und private Bohlitätigkeit. Der ohne sein Verschulden arbeitslos gewordene Arbeiter wünscht nicht Almosen zu erhalten, sondern, soweit er sich nicht selbst zu helfen vermag, einen Anspruch auf Hilfe erheben zu dürfen.

Das ist ganz richtig. Man könnte aber hinzufügen, daß die Gesellschaft, in der eine geordnete Produktion nicht vorhanden ist, in der die Wirtschaftspolitik ganz darauf angelegt ist, die wirtschaftlichen Krisen zu immer häufiger und immer schärfer werdenden Erscheinungen werden zu lassen, ohne weiteres auch

die Verpflichtung hat, die Fürsorge für die Opfer dieser Krisen zu übernehmen.

Im weiteren beschäftigt sich die Denkschrift mit der Prüfung der Frage, welche Arten der Arbeitslosen für die Arbeitslosenversicherung in Betracht kämen. Arbeitslose und Arbeitsunfähige, auch Kranke, Unfallbetroffene und Invalide gehören nicht hierher. Arbeitslosigkeit durch Streit oder Aussperrung hätte ebenfalls auszuweisen.

Diese Auffassung mögen wir nicht unwidersprochen lassen. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß auch durch Streit oder Aussperrung hervorgerufene Arbeitslosigkeit Gegenstand öffentlicher Fürsorge wird. Die Opfer einer manchmal aus den davon Betroffenen recht fernliegenden Gründen hervorgerufenen Aussperrung von der Fürsorge durch eine Arbeitslosenversicherung auszuschließen, erscheint uns als ein Unrecht. Ganz entschieden müssen wir auch den in der Denkschrift vertretenen Standpunkt bekämpfen, daß die durch freiwilliges Aufgeben einer Arbeitsstelle und Nichtannahme angebotener Arbeit entstandene Arbeitslosigkeit grundsätzlich von der Unterstützung ausgeschlossen bleiben sollen. Es gibt Fälle, wo es zur Ehrenpflicht für den Arbeiter wird, eine Arbeitsstelle „freiwillig“ zu verlassen oder eine ihm angebotene Arbeit auszuschlagen. Einer grundsätzlichen Ausschließung dieser Kategorie von der Unterstützung vermöchten wir nie und nimmer unsere Zustimmung zu geben. Hier muß eine Möglichkeit geschaffen werden, daß von Fall zu Fall geprüft wird.

Die Denkschrift erwähnt unter den Einrichtungen, die zur Sicherung der Arbeiter gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit in den europäischen Industrieländern geschaffen sind, neben der in großem Umfange stattfindenden Selbsthilfe der Arbeiterverbände die von Arbeitgebern errichteten Kassen, die teils als sogenannte Wohlthatereinigungen geschaffen wurden, teils aber auch auf Selbsthilfe beruhen.

Eine erhebliche Ausbreitung fand das Genter System, das sich an Arbeiterverbände anlehnt, zum Teil auch Sparkassen, Einzelparkassen und nichtorganisierten Arbeitslosen Gelegenheiten zum Anschluß gibt. Träger des Genter Systems sind insbesondere die Gemeinden (Belgien 27, Frankreich 36, Holland 9, Luxemburg 7, Deutschland 2), die zum Teil zu Verbänden zusammengetreten sind. Unterstützt wird die kommunale Fürsorge durch Zuschüsse von Provinzialregierungen (Belgien, Frankreich) und des Staates (Frankreich, Luxemburg, Dänemark, Norwegen). In Mailand ist ein Verein Träger des Genter Systems; in der Eidgenossenschaft werden Zuschüsse zu den Arbeiterkassen durch die Industrie geleistet.

Diese Uebersicht auf das bisher von den Kommunen und den Regierungen auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeitslosen geleistete beweist, wie sozial rückständig wir in Deutschland trotz aller Lobeshymnen über unsere Sozialgesetzgebung noch sind. Erst drei Gemeinden haben in Deutschland Versuche mit dem Genter System gemacht: Straßburg i. E., Erlangen und München. Von Seiten des Staates ist bislang auf diesem Gebiete, abgesehen von der Beranstellung von Erhebungen, überhaupt noch nichts geschehen, obwohl die schweren Erschütterungen des Wirtschaftslebens mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit, Elend und Not mehr wie genug Anlaß dazu geboten hätten.

Aus der in der Denkschrift gegebenen Uebersicht über die Einrichtungen zur Sicherung der Arbeiter gegen die Folgen unfreiwilliger Arbeitslosigkeit ist zu ersehen, daß in Belgien, in Frankreich, auch in Holland ganz erhebliche Summen für die Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinden und den Staat aufgebracht wurden. Von großer Bedeutung ist die von den Arbeiterverbänden durch Gewährung von Arbeitslosenunterstützung geschaffene Selbsthilfe. Die Denkschrift gibt eine übersichtliche Darstellung dieser Leistungen der Gewerkschaften aus 13 Ländern Europas im Jahre 1907. Es sind Angaben gemacht für 4845364 Gewerkschaftsmitglieder. Die betreffenden Verbände zahlten an Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1907 insgesamt 17 100 458 Mark aus, sie übertreffen damit alles, was auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge von den Kommunen und Regierungen aller europäischen Industriestaaten geleistet wurde. In Deutschland allein wurden seitens der Gewerkschaften im Jahre 1907 6 729 926 Mark ausbezahlt, die deutschen Gewerkschaften werden hierin nur noch von den englischen übertroffen, welche im gleichen Jahre 8 594 357 Mark für Arbeitslosenunterstützung aufwandten. Der Riesenanteil an den für Arbeitslosenunterstützung in Deutschland seitens der Gewerkschaften aufgebrauchten Summen entfällt natürlich auf die freien Gewerkschaften, die allein 6 527 577 Mark dafür aufzuwenden hatten, die christlichen Gewerkschaften hatten für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung ganze 51 743 Mark und die Kirch-Dunderschen Gewerksvereine 136 143 Mark aufzuwenden.

Es liegt in der Natur der Sache, wenn die Denkschrift an diese bereits bestehende Arbeitslosenfürsorge durch die Arbeiterverbände anzuknüpfen sucht. Die übrigen Einrichtungen und Versuche sind, abgesehen von dem Genter System und allenfalls der sogenannten städtischen Versicherung, entweder ohne größere Bedeutung oder in der Praxis und in größerem Umfange nicht durchführbar. Die Verbindung des Genter Systems mit der Arbeitslosenversicherung der Verbände hat sich bisher am besten bewährt, und mit einer Ergänzung des Genter Systems durch freiwillige Versicherungskassen nach Art der städtischen Versicherung dürfte wohl etwas Brauchbares geschaffen werden können, mit dem wenigstens eine teilweise Binderung der Not der Arbeitslosigkeit möglich wäre. Wir wollen deshalb dem Genter System und der städtischen Versicherung, um die Leser mit diesen Einrichtungen vertraut zu machen, hier einige Aufmerksamkeit schenken.

Die gemeindliche Fürsorge unter Vermittlung von Arbeiterverbänden nahm ihren Ursprung in Frankreich, wo seit 1891 Limoges und seit 1896 Lion kommunale Jahreszuschüsse zu den Arbeitslosenkassen der Arbeiterverbände gewährten. 1900 nahm die Stadt Gent die Arbeitslosenunterstützung auf und gestaltete das System, das jetzt allgemein unter ihrem Namen bekannt ist, dahin um, daß die Zuschüsse nicht mehr den Verbänden, sondern den von den Verbänden unterstützten Arbeitslosen gegeben werden, außerdem aber nichtorganisierten Arbeitern oder Mitgliedern von Gewerkschaften, die keine Arbeitslosenkasse führen, derselbe Zuschuß auf einen „gesperrten Sparfonds“ zugewendet wird. In dieser Form bildete sich die Einrichtung in belgischen, dann insbesondere auch in holländischen und französischen Industriestädten aus und fand bis heute viele Anhänger, aber auch viele Gegner. Im Gegensatz zu den Maßnahmen in den obengenannten französischen Städten wahrte das Genter System grundsätzlich völlige Unparteilichkeit, indem es organisierten wie nichtorganisierten Arbeitern für den Fall von Arbeitslosigkeit aus Arbeitsmangel Unterstützung gewährte, sofern diese Arbeiter ihrerseits für den Fall der Arbeitslosigkeit Vorsorge in kollektiver Weise durch Beitritt zu einer mit Arbeitslosenkasse versehenen Gewerkschaft oder in individueller Weise durch Sparfähigkeit Vorsorge getroffen haben.

Ein paritätisch verwalteter Fonds erhält von der Gemeinde jährliche Zuschüsse. Bei eintretender Arbeitslosigkeit erhalten die organisierten Arbeiter einen Zuschuß, der ein bestimmtes prozentuales Verhältnis zu den gewerkschaftlichen Leistungen und einem bestimmten Tagesbetrag nicht überschreiten darf und für eine begrenzte Anzahl von arbeitslosen Tagen gewährt wird. Die nichtorganisierten Arbeiter oder die Mitglieder von Gewerkschaften ohne Arbeitslosenkasse erhalten bei Arbeitslosigkeit auf ihre Abhebungen von Spargeldern dieselben Zuschüsse wie die organisierten Arbeiter zu den Auszahlungen ihres Verbandes.

Das sind die Grundsätze, auf denen das Genter System aufgebaut ist. Im Laufe der Zeit wurden diese ursprünglichen Bestimmungen verschiedentlich geändert.

In Straßburg, wo seit dem 1. Januar 1907 die Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System eingeführt ist,

wird auf Sparere vorweg keine Rücksicht genommen, sie beschränkt sich auf Zuschüsse an Vereine, welche ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren. (Unsere Verbandsmitglieder konnten bisher der Kasse nicht beitreten, weil im Steinarbeiterverband keine Unterstützung bei Emergibilität bezahlt wird. Redaktion des „Steinarbeiter“) Der Zuschuß der Stadt ist auf höchstens 50 Prozent des gewerkschaftlichen Unterstützungsbetrags normiert, der Höchstbetrag beträgt 1 Mark. Der Zuschuß wird solange gewährt, als die gewerkschaftlichen Leistungen für unverschuldete Arbeitslosigkeit dauern. Die Statistik der beiden ersten Geschäftsjahre (1907 und 1908) gestaltete sich wie folgt:

Es meldeten sich zum Anschluß und wurden zugelassen (20) 29 Verbände, von denen (12) 18 an der Versicherung teilnahmen. Es wurden insgesamt (153) 247 Arbeitslose unterstützt. Insgesamt wurden für (2618) 4989 Tage städtischer Zuschuß gezahlt. Der Gesamtbetrag der gewerkschaftlichen Unterstützungen belief sich auf (7726.24) 14 327.66 Mark, der Gesamtbetrag der von der Stadt gewährten Unterstützungen auf (1889.35) 3507.36 Mark.

Die Gewährung des Zuschusses ist an den einjährigen Wohnsitz in Straßburg gebunden. Die Arbeitslosen müssen sich täglich zweimal auf dem städtischen Arbeitsamt zur Kontrolle melden. Dazu tritt noch die Kontrolle durch die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, so wird in der Denkschrift hervorgehoben, erfüllen die an sie gestellten Anforderungen betreffend Listenführung und Abrechnung durchaus; im formalen Verkehr war nicht die geringste Störung zu verzeichnen. Die Gewerkschaften brachten den Entscheidungen des Arbeitsamtes volles Vertrauen entgegen. Eine Stärkung der beteiligten Verbände wurde nicht wahrgenommen. Doch liegt die Möglichkeit nahe, daß Verbandsmitglieder wegen des städtischen Zuschusses nicht so leicht als sonst aus dem Verbands austreten werden.

Die städtische Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit wurde 1896 gegründet. Sie bezweckt in Anlehnung an die allgemeine Arbeitsnachweisanstalt eine Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit für männliche Arbeiter. Die Mittel werden aufgebracht durch die Beiträge der Versicherten und durch Zuwendungen von Patronen, von Ehrenmitgliedern, von Behörden, Vereinen usw., insbesondere auch durch einen Jahresbeitrag der Stadt Köln. Als Versicherte können beitreten unselbständige männliche Arbeiter über 18 Jahre, die wenigstens seit einem Jahre ihren Wohnsitz in Köln haben und regelmäßige Beschäftigung nachweisen können. Bezugsberechtigt für Tagegelde wird derjenige Arbeitslose, der in dem Geschäftsjahr im ganzen 34 Wochenbeiträge geleistet hat. Der Wochenbeitrag beträgt für ungelernete Arbeiter 35 Pfg., für gelernete Arbeiter 45 Pfg. Jeder Versicherte hat die etwa eingetretene unverschuldete Arbeitslosigkeit nachzuweisen und sich auf Verlangen zweimal täglich an der Geschäftsstelle der Kasse vorzustellen. Er ist zur Annahme von Arbeit verpflichtet, welche seinem Beruf und seinem bisherigen Verdienste „tunlichst“ entspricht; er ist jedoch nicht verpflichtet, in eine durch Zustand freigewordene Stellung einzutreten. Der Bezug des Tagegeldes beginnt mit dem dritten Tage nach der Anmeldung der Arbeitslosigkeit und dauert höchstens 8 Wochen. Das Tagegeld beträgt für die ersten 20 Tage je 2 Mark, für die übrigen 28 Tage je 1 Mark. (Schluß folgt.)

Die Marmorlager in Deutsch-Südwestafrika.

Die „Segnungen“ unserer namentlich in der Steinindustrie so deutlich hervortretenden heimischen Kultur sollen nunmehr auch unsern Landsleuten in „Südwest“ zuteil werden. Vorläufig sollen einige Hundert von ihnen durch den erzieherischen Einfluß weißer Forarbeiter zu einem tüchtigen Arbeiterstamm herangezogen werden, so will es die Afrika-Kolonial-Marmorgesellschaft Hamburg, die sich zur Ausbeutung des bei Smafontein vorkommenden Marmors gebildet hat. Das weitere hängt von der Rentabilität des Unternehmens ab. An der Westküste fehlt es nicht an der schönsten Gesteine unferner, öffentlichen Lebens ausgehend, wird „unser“ Kolonialmarmor bald in aller Munde sein. Der durch die Gewinnbeteiligung für seine unorganisierten Arbeiter bekannt gewordene Steinindustrielle Dr. Goller legte in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter dem hohen Hause einige Proben der südwestafrikanischen Marmorarten vor, welche sicherlich einen günstigeren Eindruck hervorgerufen haben werden, als die Dattelstifte des Kolonialsekretärs Dernburg. Eine luxuriös ausgestattete illustrierte Broschüre tut das übrige, um die Förderung des Unternehmens angelegentlich zu empfehlen. Aus derselben entnehmen wir, daß die Deutsch-Südwestafrikanischen Marmorvorkommen an Schönheit, Mannigfaltigkeit der Arten, sowie an Ausdehnung sämtliche bisher bekannte Marmorbrüche der Welt übertreffen. Die im Reichstag ausgelegten Proben stehen, ihrem Kern nach zu urteilen, hinter andern Marmorarten nicht zurück. Vermittelt wurde allerdings der weiße Marmor, die ausgefallenen weißen Arten können mit dem Carrara nicht konkurrieren. Von den bunten Sorten unterscheiden wir acht. Benannt waren dieselben nicht, doch ähneln einige den bereits bekannten. So würden wir zwei graublau Arten für „schleiflich“ gehalten haben; sie haben genau dieselbe spinnenartige Struktur. Eine derselben zeichnet sich durch eine spärliche weiße Aderung, die andere durch starke schwarze Lager aus. Eine Sorte ist dem gelben Berneseer sehr ähnlich, einige andere Sorten mit gellichem bis rosa Grund sind teils braun geädert oder gefleckt. Eine Platte überrascht durch ihr saftiges Gelb, welches nur an einer Stelle durch braune Brokate unterbrochen ist. Ein anderer gelb- und schwarzgefleckter Marmor gleicht einem Tigerefell. Von ganz besonderer Schönheit erschien uns ein grauer tief-schwarzer gewölkter Marmor.

Ueber die Vorgeschichte der Entstehung des Unternehmens erfahren wir, daß die Bedeutung der Marmorvorkommen, deren Vorhandensein schon bekannt war, erst durch die Untersuchungen zweier in Südwest ansässiger Herren festgestellt wurde, worauf die Konstituierung vorgenannter Gesellschaft stattfand. Herr Direktor Hagen von den Rheinischen Marmorwerken, als Sachverständiger hinzugezogen, begab sich mit zwei Bruchmeistern nach Südwest, um das Gebiet in mehreren Monaten zu durchforschen.

Die nachstehenden Angaben, welche in den letzten Tagen in den bürgerlichen Wärrten fanden, dürften wohl auf das Gutesachten des Herrn Hagen zurückzuführen sein. Im Auszuge geben wir folgendes wieder:

Die Errichtung der Gesellschaft erfolgt spätestens am 1. September 1910. Sie wird von dem unterzeichneten Syndikat vorbereitet.

Das Grundkapital beträgt 3 000 000 Mk., eingeteilt in 30 000 arf den Inhaber lautende Anteile zum Nennwerte von je 100 Mk. Von diesen 3 000 000 Mk. ist 1 000 000 Mk. von den Beteiligten des unterzeichneten Syndikats übernommen worden. Die restlichen 2 000 000 Mk. werden hierdurch weiteren Interessententzügen zur Zeichnung angeboten. Für den Erwerb der Konzeptionen erhält der Vorbesitzer 350 000 Mk. (Dreihundertfünfzigtausend Mark) in bar, sowie 50 000 Mk. (Fünzigtausend Mark) in Anteilen. Weitere 350 000 Mk. (Dreihundertfünfzigtausend Mark) in Anteilen erhält das vorbereitende Syndikat als Ersatz für seine Auslagen und Arbeiten. (Die Arrangements des Unternehmens lassen sich also sehr schön bezahlen. „Steinarbeiter“-redaktion.) Dafür hat es ferner die gesamten Gründungskosten zu tragen, soweit sie nicht durch das mit eingeforderte 1 Prozent gedeckt werden.

Der Sitz der Gesellschaft ist Hamburg. Folgende Herren haben sich bereit erklärt, in den Ausschussrat der zu gründenden Gesellschaft zu treten: B. von Alvensleben, Berlin, Dr. Erwin Goller, R. d. R., Mühlberg (Steinbruchbesitzer), Hans Heinrich

Zernhagen, Hamburg, Geheimrat Prof. Dr. Paasche, M. d. E., Berlin, August Stein, Düsseldorf. Für den Vorstand der Gesellschaft ist Generalkonsul von Ruder, Hamburg, in Aussicht genommen.

Zeichnungen sind an das Afrika-Kolonial-Marmor-Syndikat, Hamburg, Europa-Haus, Alsterdamm 39, zu richten.

Einzahlungen und Ueberweisungen sind zugunsten des Afrika-Kolonial-Marmor-Syndikats zu leisten an die Norddeutsche Bank in Hamburg, die Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin und deren Zweigniederlassungen.

Allgemeines:

Von unsern Kolonien ist insbesondere Deutsch-Südwestafrika infolge der Entdeckung wertvoller Bodenschätze heute schon durch den lohnenden Abbau seiner Kupferminen und Diamantfelder geeignet, dem deutschen Nationalvermögen jährlich viele Millionen zuzuführen.

Zweck dieser Ausführungen ist es nun, den Leser mit einem Artikel bekannt zu machen, der sich ebenfalls in der Kolonie in großen Mengen vorfindet, nämlich Marmor und der vor Diamant und Kupfer den Vorrang hat, daß man, da er in ungeheuren Mengen sichtbar zutage liegt, bezüglich Mächtigkeit des Vorkommens nicht von Vermutungen abhängt und dessen Ausbeutung kein Spekulationsobjekt ist, bei dem der Fall eintreten könnte, daß die Praxis nicht hält, was die Theorie verspricht.

Zweck dieser Ausführungen soll es ferner sein, die Gründung eines Unternehmens zur Ausbeutung dieser Marmorvorkommen in die Wege zu leiten. Interessenten werden in den nachstehenden Ausführungen alle Fragen beantwortet finden, die bezüglich der Gründung eines solchen Unternehmens ausstehen könnten. Hier sei nur noch gesagt, daß die Deutsch-Südwestafrikanischen Marmorvorkommen an Schönheit, Mannigfaltigkeit der Arten sowie an Ausdehnung sämtliche bisher bekannten Marmorbrüche der Welt weit übertreffen.

Syndikat für die Untersuchung der Marmorvorkommen.

Ein Vorhandensein von Marmor in Deutsch-Südwestafrika war wohl seit längerer Zeit in eingeweihten Kreisen bekannt, doch wurde erst durch die Untersuchungen der in Südwest ansehnlichen Herren Smidt und Capra in zweijähriger gründlicher Durchforschung festgestellt, daß sich auf den Gebieten: Sabia, Karibib, Napachab, Swatopmund, Kubas und Spjinz (Gesamtareal 80 000 Hektar) Vorkommen von Marmor befinden, die auf der ganzen Welt nicht ihresgleichen haben. Die Herren Smidt und Capra erwarben, nachdem sie gemeinsam eine Untersuchungs-Gesellschaft gegründet, für diese Gebiete die erforderlichen Abbauforderungen und vereinigten damit alle abbauwürdigen Marmorvorkommen in einer Hand. Unter Mitnahme von Proben von 80 verschiedenen Marmorarten reiste Herr Smidt nach Carara (Italien), England, und Deutschland, wo die Proben überall das größte Interesse der sachverständigen Kreise erregten. Eine Gruppe Hamburger Herren, die sich aus Kaufleuten und Marmorinteressenten bildete und durch auswärtige Herren ergänzte, faßte nach den vorgelegten Proben, Karten und Abbauverträgen den Entschluß, die Vorkommen durch einen Fachmann von Ruf an Ort und Stelle begutachten zu lassen und im Falle eines günstigen Gutachtens die Gründung einer Abbaugesellschaft in die Hand zu nehmen. Die Konstituierung fand als Syndikat unter dem Namen Afrika-Kolonial-Marmor-Syndikat statt und übernahm Herr Generalkonsul von Ruder die Geschäftsführung. Als Sachverständiger wurde Herr Direktor Hagen von den Rheinischen Marmorwerken, Düsseldorf, in Aussicht genommen. Dieser Herr erklärte sich sofort bereit, die Untersuchung bewirken zu wollen. Im Frühjahr vorigen Jahres erfolgte die Hinausreise des Herrn Hagen nebst zwei Bruchmeistern. Nach mehrmonatiger Arbeit erstattete Herr Direktor Hagen ein schriftliches Gutachten, das zusammen mit umfangreichen, seitens des Syndikats anderweitig angestellten Erhebungen zu den jetzt folgenden Ausführungen berechtigt.

Ausdehnung und Art der Vorkommen. Der Marmor tritt in massiven, mächtigen Bergketten auf, die eine Länge bis zu 30 Kilometer haben, bis zu 500 Meter hoch und bis zu 1 Kilometer breit sind. Im Gegensatz zu den bisher bekannten Marmorvorkommen, in denen der brauchbare Marmor meist nur in Schichten und Bänken austritt, bestehen die südwestafrikanischen Marmorberge ganz aus brauchbarem Marmor. Schon von weitem repräsentieren sie sich als ein geschlossenes Marmormassiv, das nur hin und wieder von Schluchten durchrissen wird. Es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß viele Millionen Kubikmeter gesunder Marmor dem Abbau zur Verfügung stehen, zumal auch das Gestein noch im Umkreise der Marmorberge aus Marmor besteht, der, wie an einem in der Nähe der Berge gebohrten tiefen Brunnen ersichtlich ist, noch weit in die Erde hineingeht. Infolge seiner Gesundheit erlaubt das Material, Blöcke in jeder gewünschten Abmessung, selbst der größten, zu brechen, und da mit der Größe der Blöcke der Verkaufspreis sich ganz wesentlich erhöht, so ist es klar, welcher großer Vorteil darin liegt, ein derartiges Material zur Verfügung zu haben.

Qualität der neuen Marmorarten. Die Qualität der neuen Marmorarten ist, sowohl was das Korn, die Schönheit der Färbung als auch die Gesundheit des Materials betrifft, ganz hervorragend. Man hat heute schon über 100 verschiedene Sorten festgestellt, die alle ihre besondere Eigenart haben und deren Grundfärbung vom zartesten Weiß bis zum tiefsten Blau, Rot, Gelb oder Grün variiert. Nach dem Urteil bekannter Marmorfachverständiger Europas und Amerikas ist für verschiedene Sorten ein außergewöhnlich hoher Preis, bis zu 1000 Mk. für den Kubikmeter zu erzielen.

Besonders ist hier zu erwähnen, daß auch die teureren reichfarbigen Marmorarten, wie sie für feinere Innendekoration gebraucht werden, bei den südwestafrikanischen Vorkommen absolut homogen und fehlerfrei sind, während die bisher zur Verwendung gelangten Sorten viele Risse, schadhafte Stellen und Einsprengungen aufweisen, die nicht nur die Gesamtwirkung beeinträchtigen, sondern auch die Bearbeitung erschweren und verteuern.

Abbaumöglichkeit. Diese Frage wird am besten durch einen Vergleich der südwestafrikanischen Marmorberge und der Brüche von Carara beantwortet, in Südwestafrika glatte, massive Hügel, die den Abbau zu ebener Erde ermöglichen, in Carara ziemlich hoch gelegene Berggipfel, die über und über mit Geröll bedeckt sind, durch dessen Abraum Kosten verursacht werden, die den Produktionsgewinn ganz bedeutend beeinflussen. In Deutsch-Südwestafrika dagegen könnte sofort mit der Gewinnung brauchbarer Blöcke begonnen werden, so daß ein sofortiges nutzbringendes Arbeiten des zu investierenden Kapitals gesichert ist.

Jahresproduktion und Ertragsfähigkeit. Es ist projektiert, daß nach Fertigstellung der Anlagen per Jahr circa 9000 Kubikmeter abgebaut werden. Da nun der Vorrat an Marmor sich auf viele Milliarden Kubikmeter beläuft, so ist an eine Erschöpfung der Marmorlager überhaupt nicht zu denken. Selbst angenommen, es wäre notwendig, eine weit größere Anzahl von Kubikmetern als projektiert zu brechen, so können die enormen Lager doch als unerschöpflich gelten.

Transport- und Transportanlagen. Die Transportfrage ist ohne Zweifel für ein Marmorunternehmen von der allergrößten Wichtigkeit, da bei dem großen Eigengewicht des Marmors (1 Kubikmeter = 2,7 [!] Tons) die Transportkosten einen erheblichen Teil der Selbstkosten darstellen. Die unmittelbare Nähe der Staatsbahn und der Daviabahn jedoch, die beide auf der Strecke von Swatopmund nach Karibib die Marmorfelder durchschneiden, die Anlage von Anschlußgleisen bis hinein in die Brüche, die Benutzung von eigens erbauten starken Eisenbahnmotoren und eigenen Verladeeinrichtungen und Leichtern bzw. Kränen in Swatopmund, sowie die Charterung von Transportfahrzeugen werden die Kosten des Transportes sehr niedrig gehalten.

Abbau und Anlagen. Die Brüche sollen mit den modernsten Maschinenanlagen und allen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet

werden, die für eine rationelle Ausbeutung des Materials Gewähr leisten und die Leistungsfähigkeit des neuen Unternehmens gleich auf eine hohe Stufe stellen. Projektiert ist im allgemeinen der Abbau durch Drahtseilsegeanlagen. Die Leistungen dieser modernen Steinfräsen sind gewaltig, der Betrieb stellt sich nicht allein außerordentlich billig, sondern liefert auch glatt geschnittene Blöcke, die höher bewertet werden, als die nach der alten Methode mit Pulver absprenge Blöcke. Diese erhalten nämlich durch die Sprengwirkungen des Pulvers Risse, die beim Verarbeiten des Steines zutage treten und den Stein entwerfen.

Arbeiterfrage. Es soll allerdings zugegeben werden, daß dem neuen Unternehmen aus der Arbeiterfrage möglicherweise gewisse Schwierigkeiten erwachsen werden, diese sind jedoch bei der aufgeschätzten Rentabilitätsberechnung voll berücksichtigt worden und kann ferner geltend gemacht werden, daß es zweifellos gelingen wird, mit der fortschreitenden Entwicklung des Unternehmens einen tüchtigen Stamm von farbigen Arbeitern heranzuziehen.

Statistik und Absatz. Eine Statistik über den Gesamtverbrauch an Marmor der Welt existiert nicht, doch ist nach den Berechnungen der Fachleute aus den Statistiken der verschiedenen Länder anzunehmen, daß der Verbrauch per Jahr sich auf circa 1 000 000 Tons beläuft. Nach dem Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls in Genua wurden allein in Italien im Jahre 1906 430 202 Tons Marmor zur Ausfuhr gebracht, von denen Deutschland circa 35 000 Tons erhielt. Hierbei ist zu bemerken, daß Belgien, Frankreich, England, Südamerika und besonders Nordamerika weit größere Verbraucher für Marmor sind als Deutschland. Allein der Distrikt Carara lieferte nach dem Bericht der Handelskammer in Carara im Jahre 1906 236 723 Tons Marmor. Auch in Vermont (Neu-England) und in W.-Kentland (Amerika) gibt es Brüche, die jährlich bis 150 000 Tons produzieren. Die projektierte Abbaumenge von circa 9000 Kubikmeter = circa 25 000 Tons beträgt einen ganz geringen Teil der Weltproduktion. Es kann mit gutem Gewissen behauptet werden, daß nicht allein dieses Quantum glatt abzuheben ist, sondern daß der Weltmarkt für die prächtigen neuen Sorten noch eine weit größere Aufnahmefähigkeit zeigen wird.

Rentabilität. Die Rentabilitätsberechnung ist mit großer Genauigkeit behandelt worden. (Die detaillierte Aufstellung liegen wir wegen Raumangels weg. Die Redaktion des „Steinarbeiters“.) So ist der Verkaufspreis des Marmors loco Hamburg resp. Antwerpen mit 300 Mk. per Kubikmeter aufgesetzt worden, ein Durchschnittspreis, der als niedrig angesehen werden muß, da, wie schon vorher gesagt, Fachleute verschiedene Sorten unjres Marmors auf 1000 Mk. per Kubikmeter taxiert haben.

Die veranschlagten Abschreibungen, die eine Amortisation des Kaufpreises für die Abbaurechte innerhalb 25 Jahren vorsehen, und außerdem eine jährliche Rate von 15 Prozent resp. 10 Prozent auf die ganzen maschinellen und baulichen Anlagen, dürfen auch für reichlich bemessen gelten. Berücksichtigt ist in dieser Rentabilitätsberechnung auch die den Farmbesitzern kontraktlich zugestandene Abgabe.

Nach der aufgestellten Rentabilitätsberechnung ergibt sich ein Reingewinn von circa 22 Prozent des investierten Kapitals.

Die Abbaumöglichkeit wird in der Broschüre außergewöhnlich günstig geschildert. Im Gegensatz zu den Schwierigkeiten der Gewinnung des Marmors in den bisher bekannten Brüchen, z. B. in den mit Geröll bedeckten Berggipfeln Carraras, stellt das südwestafrikanische Marmorgebiet glatte Hügel dar, deren Abbau zu ebener Erde möglich ist. Die Opfer an Zeit und Geld für die Befestigung des Abbaumes würden also von vornherein erspart bleiben.

Die Afrika-Kolonial-Marmorgesellschaft projektiert nunmehr, daß nach Fertigstellung der Anlagen jährlich 9000 Kubikmeter abgebaut werden können. An eine Erschöpfung des Materials ist selbst bei bedeutend größerer Inanspruchnahme desselben nicht zu denken. Von allergrößter Bedeutung ist die Transportfrage. Bilden doch nach der Rentabilitätsberechnung der Gesellschaft die Transportkosten des Marmors von den Brüchen bis zum Hafen in Swatopmund und von dort nach Hamburg dreiviertel des Selbstkostenpreises. Dafür soll der Gewinnungsprozess der Rohblöcke möglichst rationell gestaltet werden durch Anwendung der neuesten technischen Hilfsmittel. Der Abbau ist im allgemeinen durch Drahtseilsegeanlagen geplant und auch der Druckluftmeißel wird in das Arsenal der Werkzeuge aufgenommen.

In den Werken sollen tätig sein 12 Bruchmeister (Monatsgehalt je 400 Mk.), 12 Arbeiter an den Sägen (Monatsgehalt je 300 Mk.), 1 Obermeister mit 800 Mk. Monatsgehalt und 22 farbige Arbeiter mit einem Monatslohn von 70 Mk. Die Brucharbeiter würden etwa denselben Lohn bekommen, wie in Deutschland die Dreher. Die Anleitung der Farbigen läßt deshalb keine zu großen Schwierigkeiten bereiten, weil das Brechen des Marmors durch die Schrämmaschinen erfolgen soll. Darüber, ob sich der Gesellschaft über 200 farbige Arbeiter zur Verfügung stellen, können wir nicht so ohne weiteres urteilen, man muß da schon Land und Leute kennen. Wir glauben, daß diese Schwierigkeiten zu überwinden wären. Natürlich die Anute, die bis vor kurzem in den Kolonien eine so hervorragende Rolle spielte, darf in einem solchen Unternehmen keine Verwendung finden.

Um die Größe des projektierten Unternehmens zu veranschaulichen, einige Zahlen: Für den Erwerb der Abbauforderungen sind 750 000 Mk. aufgesetzt, die Terrainarbeiten werden mit 550 000 Mk. veranschlagt, die Gebäude erfordern 300 000 Mk., die maschinellen Einrichtungen 445 000 Mk., das Betriebs- und Reservekapital 955 000 Mk. Im ganzen sind also drei Millionen Mark erforderlich, um den Betrieb in der geplanten Weise durchzuführen. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem projektierten Reingewinn von 678 250 Mk. ab, welcher unter die Aktionäre zur Verteilung gelangen würde. (Von einer Gemeinbeteiligung der gewiß noch unorganisierten Schwarzen ist keine Rede.) Für das Unternehmen soll bisher schon eine Million gezeichnet sein. Auch wir wünschen, daß die südwestafrikanischen Bodenschätze gehoben werden, allerdings nicht im Interesse einer Handvoll Kapitalisten, sondern zum Segen aller an der Förderung derselben Beteiligten, in erster Linie der Urbewohner des Landes, welches diese Schätze birgt.

Angenommen, die Marmorarten entsprechen bezüglich der Güte den Anpreisungen im Prospekt, so fällt immerhin auf, daß der Preis pro Kubikmeter 300 Mk. betragen soll. Dieser Satz ist für Durchschnittsware sehr hoch zu nennen, wenn wir den Preis europäischer Marmorarten vergleichsweise heranziehen. Wir nehmen im nachstehenden auf dreizehn Sorten Bezug, die Kubikmeterpreise verstehen sich ab Verladestation:

Marmorart	Verladestation	Preis pro cbm (in Mark)
Treuchtlinger Marmor	Treuchtlingen	50-70
Offenstetter Kalkstein	Abensberg	65-90
Borngrund	Wilmars a. d. Lahn	250-300
Unica	Wilmars a. d. Lahn	280
Pentelischer (Griechenl.)	Hamburg	220-320
Rembrorosso	Berona	140
Biancone	Berona	120
Bianc clair	Carrara	100-150
Bianc P.	Carrara	200-400
Bardiglio unito	Carrara	100-150
Untersberger	Salzburg	120-300
Grau Schönl	Salzburg	200-250

Für die gewöhnlichen Verkleidungs- und Möbelarbeiten dürfte sich der Marmor aus Südwest schon zu teuer stellen, denn es kommt noch der Transport ab Hamburg und das Zerlegen hinzu. Der Kubikmeter wird etwa 40-42 Platten von

18 bis 20 Millimeter Stärke ergeben und es würde der Quadratmeter im gefügten Zustande sicherlich auf mindestens 10 Platten kommen. (Das Rohmaterial kostet 300 Mk., der Transport in Deutschland mag noch 25 Mk. erfordern, das Zerlegen pro Kubikmeter steht sich auf etwa 80 Mk., es sind somit im gefügten Zustand für den Kubikmeter 405 Mk. in Anschlag zu bringen.) In Afrika selbst werden die Blöcke wahrscheinlich deshalb nicht im großen zerlegt, weil die Zufuhr der Rohle zu kostspielig sein wird.

Die teuren und edlen Marmorarten, welche vorhanden sein sollen, bedeuten keine gangbare Ware. Die Monumentarbeiten, ausgedrückt in Kubikmetern, spielen heutzutage keine Rolle mehr. Auch massive Treppen stellt man aus edlerem Material nur noch selten her. — Allerdings ist es keine Unmöglichkeit, im Jahre etwa 9000-10 000 Kubikmeter absetzen zu können, wenn dabei der ganze Weltmarkt in Betracht gezogen wird.

Nach unserer Meinung ist es trotzdem keine Unmöglichkeit, daß das Unternehmen florieren kann. Und warum soll im Grunde genommen der Marmor in Südwest schlechter sein, als wie der in anderen Ländern und Erdteilen. Allerdings über die wirkliche Güte des Kolonialmarmors kann man wohl erst in Jahren reden, aber jeder Praktiker weiß, daß gerade die teuersten Sorten am allerwenigsten völlig witterungsbeständig sind. Wir nehmen dabei nicht einmal den Carrara aus.

Allerdings der rein kapitalistische Standpunkt des neuen Unternehmens tritt sofort bei der Gründung zutage. Die zwei Vorbesitzer erhalten über 1/4 Million und im Syndikat spielen sie mit 50 000 Mk. Anteilen, welche sie wiederum kostenlos erhielten, eine erhebliche Rolle. Sehr auffällig ist weiter, daß zwei Reichstagsabgeordnete sofort in den Aufsichtsrat eintraten. Dieses Vorhinein der Parlamentarier geschieht in erster Linie aus Reklamezwecken.

Es dünkt uns, als wenn solche „Marmor“-parlamentarier den großkapitalistischen Kreisen indirekt Vorschub leisteten, weil damit dem großen Publikum sozusagen eine gewisse Reklame des Unternehmens vor Augen schwebt.

Wir haben uns mit diesem kolonialen Unternehmen deshalb so ausführlich beschäftigt, weil diese Neugründung (sie kommt sicherlich zustande) nicht ohne Interesse für unsere Kollegen sein dürfte. Wahrscheinlich kommen nun baldigt die Politiker in Marmor und verlangen, daß für ausländische Materialien deutscherseits ein höher Einfuhrzoll erhoben wird. Aber dann brauchen sich diese Herren auf den Weltmarkt — nicht zu versteifen.

Unser Bestreben muß es sein, dafür Sorge zu tragen, daß mit der Heranziehung unserer schwarzen Arbeitsbrüder zu Berufscollegen die Einimpfung und Pflege des Organisationsgedankens Hand in Hand geht. In welcher Weise dies zu geschehen hat, wird die Zukunft lehren. Jedenfalls wird unser Zentralvorstand den neuen Verhältnissen Rechnung tragen, so daß wir bereits auf einem der nächsten Verbandstage einen Delegierten von „Südwest“ begrüßen können.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 24. bis 31. Januar gingen folgende Abrechnungen ein: 2. Gau: Striegau. — 4. Gau: Hebra, Ködnitz, Wurzen. — 6. Gau: Göttingen, Hardegsen, Osterholz. — 7. Gau: Köln II, Wirges. — 8. Gau: Höchst i. D. — 9. Gau: Göppingen. — 10. Gau: Selb, Floß, Edenstetten. — 11. Gau: Fehnbach, Jphofen, Roth am Sand, Reichenhausen.

Nach den Mitgliederzahlen vom 4. Quartal wird die Wahlkreisverteilung zum Eisenacher Verbandstag vorgenommen. Diejenigen Zahlstellen, welche ihre Abrechnung bis zum 6. Februar nicht eingeleistet haben, können bei der Wahlkreisverteilung nicht mehr berücksichtigt werden.

Korrespondenzen

Reichenhausen. Am 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Es hat wohl in der hiesigen Zahlstelle eine derart schlecht besuchte Versammlung noch nicht stattgefunden. Von den 107 Mann der Zahlstelle waren nur 25 erschienen. Ein derartiger Besuch ist doppelt traurig, indem die Kollegen noch vor acht Tagen vor der Tür eines Streiks standen. Oder glauben die Kollegen, daß es jetzt nicht mehr nötig sei, in eine Versammlung zu gehen, weil nun jetzt ein neuer Tarif abgeschlossen wurde? Wir meinen doch, es müßte unter die Mitglieder neuer Eifer kommen. Ihr habt doch gesehen, wie hartnäckig die Unternehmer waren. Auch wird es den meisten Denkwald-Steinmengen bekannt sein, daß unsere Unternehmer einen Verband gegründet haben; oder glaubt ihr, sie haben dieses zu unsern Gunsten getan? Nun, Kollegen, fordern wir euch auf: Besucht die Monatsversammlungen, denn nur dort ist der Ort, wo man seine Meinung austauschen soll, und nicht am Bierisch den großen Mund riskieren. Der 1. Punkt: Die Vorstandswahl, ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kaver Fischer, Kassierer Michael Fernbacher, Schriftführer Fridolin Marxmüller, Revisoren Edel, Stadter und Leonhardt, Statistiker und „Steinarbeiter“ verbreiter Alois Fernbacher. Im 2. Punkt wurde vom Kassierer die Abrechnung verlesen, und ist der ortsliche Kassenbestand 392,53 Mark, wovon auf Antrag Stadlers 300 Mark verzinsbar angelegt werden. Im weiteren wurde scharf gerügt, daß die Abrechnung des 4. Quartals 1909 vor dem 1. Januar gemacht wurde, indem dadurch, daß die Lohnzahlung am 31. Dezember war, viele Kollegen mit restierenden Beiträgen auf der Liste verzeichnet nach Leipzig geschickt wurden. (Der Kassierer hat nur seine Pflicht getan; er war eben ordnungsliebend; die Restanten müßten gerüffelt werden. Redaktion.) Dann wurde ein Antrag gestellt, in die 1. Klasse überzutreten. Wegen des schlechten Besuchs wurde die Abstimmung ausgesetzt. Ebenso auch der Antrag betr. Anschluß an das Arbeitersekretariat Worms. Zum Schluß wurden die Anwesenden vom Vorsitzenden aufgefordert, den fehlenden Kollegen mitzuteilen, doch die kommenden Versammlungen gut zu besuchen.

Leipzig. Die Sektion der Marmorarbeiter hielt am 20. Januar eine sehr gutbesuchte Versammlung ab. Unser Vorsitzender verwies auf die zukünftige Lohnbewegung, er gab uns sehr wertvolle Ratschläge, welche wir auch dementsprechend beherzigen werden. Die Kollegen sind sich klar darüber, daß die Unternehmer sich wiederum weigern werden, Lohnzulagen zu gewähren. Die Löhne der Leipziger Marmorarbeiter sind sehr ungenügend; das ist in Berufskreisen auch hinreichend bekannt. Traurig ist es, daß es hier noch Marmorarbeiter gibt, welche dem Verbands nicht angehören. Diese Leute erschweren uns natürlich unsere Aktion. Doch die Sektionsleitung ist sich bewußt, daß sie in den nächsten Wochen alles aufbieten muß, um die Fernstehenden für unsern Verband zu gewinnen. Ebenfalls haben wir uns mit der Normaltarifffrage beschäftigt, unsere Vorschläge sind auch dementsprechend formuliert. Die Versammlung nahm einen harmonischen Verlauf.

Wülhausen i. E. Unsere Generalversammlung tagte am 8. Januar. Kollege Dillert gab den Jahresbericht. Er konnte infolge des schlechten Geschäftsganges nicht viel Gutes berichten. Im Frühjahr erfolgte die Einstellung sehr spärlich und im Sommer war die Hälfte der ansässigen Kollegen gezwungen, in der Fremde ihr Brot zu suchen. Die größte Schuld gab er der Stadtverwaltung, denn durch ihre Verschleppungspolitik brachte sie es fertig, daß nicht ein einziger städtischer Bau ausgeführt wurde. Als 1. Vorsitzender wurde Otto Dillert gewählt, als Kassierer Ernst Raft und als Schriftführer Karl Scheurer Revisoren sind die Kollegen Weindlber, Droll und Bächle. Im

... wurde die Kündigung des Tarifs beschlossen. Die Kündigung nahm der Arbeitgeber vor. Es fand darüber eine längere Diskussion statt, aus welcher zu ersehen war, daß die hiesigen Kollegen sich des Ernstes der Lage bewußt sind.

Herbede. Am 18. Januar fand unsere erste diesjährige Versammlung statt, zu der als Referent der Kollege Peters aus Hagen erschienen war. Derselbe behandelte das Thema: Was lernen wir aus drei Jahren wirtschaftlicher Krise? In sachlichen Worten führte er den Kollegen den Auf- und Niedergang der Konjunktur vor Augen, wie der Arbeiter als ein Spielball des Kapitalismus hin und her geworfen wird. Durch seinen ganzen Vortrag hindurch klang der Mahnruf, sich immer fester der Organisation anzuschließen, da diese den besten Schutzwall der Arbeiter gegen das Unternehmertum bildet. Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom letzten Quartal. Derselbe ergab, daß sich unsere finanziellen Verhältnisse in letzter Zeit sehr erholt haben. Unter Punkt: Aussprache über Berufsausscheidungen kamen die Verhältnisse vom Platz Reimann zur Sprache. Es stellte sich da heraus, daß die Firma in letzter Zeit sehr eigentümlich vorgeht. Ein Kollege, der den Sommer über bei ihr beschäftigt war, wurde, trotzdem Arbeit genug vorhanden ist, nicht wieder eingestellt. An die zureisenden Kollegen ergeht deshalb die Mahnung, sich beim Vorfindenden zu befragen, ehe sie hier in Arbeit treten.

Niedermendig (Rheinland). Die am 15. Januar 1910 stattgefundene Versammlung war gut besucht. Als Referent erschien Kollege Herrmann, der über das Thema: Gewerkschaften und Unternehmerverbände referierte. Er besprach eingehend die Entstehung und Entwicklung, sowie die Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften. Auch gab er ein ausführliches Bild über die Entstehung der Unternehmerverbände und ihre Entwicklung. Die jetzt einständigen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Nach kurzer Diskussion gab der Kassierer den Kassenbericht, derselbe war in bester Ordnung, wie von den Revisoren und dem Gauleiter bestätigt wurde. Einstimmig erhielt der Kassierer Decharge. Im 8. Punkte: Die Lohnbewegung der Steinarbeiter zu Ettringen und Mayen, teilte der Berichterstatter mit, daß der Christliche Keramik- und Steinarbeiterverband einen Tarifentwurf für Ettringer Tuffstein ausgearbeitet habe, der demnächst an die Unternehmer zur Verhandlung eingereicht werden sollte. Es sei nun die Tatsache zu konstatieren, daß der Vorstand des christlichen Verbandes von seinem Vorgehen den freierorganisierten Arbeitern, die durchweg in Tuffstein beschäftigt seien, keine Mitteilung von dem Tarifentwurf gemacht habe. Er fragte dann den Gauleiter, ob er eine Mitteilung erhalten habe? Nach seiner Auffassung sei der Tarifentwurf mangelhaft aufgestellt; er enthalte nur 43 Positionen, eine ganze Anzahl Arbeiten lassen sich selbst nach der Annahme des Tarifs nicht berechnen. Es könnte dann nicht von einem tariflich geregelten Arbeitsverhältnis gesprochen werden; wenn eine ganze Anzahl Akkordarbeiten bezüglich der Bezahlung der freien Vereinbarung überlassen seien. In der nun folgenden Debatte erklärte der Gauleiter, daß er keine Mitteilung über die Lohnbewegung von der Leitung des christlichen Verbandes erhalten habe. Anscheinend wolle man hier die sogenannte „Sohnhofener Taktik“ anwenden. Er empfahl den Kollegen, ein wachsames Auge auf die weitere Entwicklung der Dinge zu richten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, falls die Leitung des christlichen Verbandes nicht baldigst eine Mitteilung über die geplante Lohnbewegung zugehen läßt, einen besonderen Tarif auszustellen. Durch den Vorsitzenden wurde noch mitgeteilt, daß er vor kurzer Zeit gelegentlich einer Eisenbahnfahrt mit dem christlichen Bezirksleiter Schwarz von Keramik- und Steinarbeiterverband eine Aussprache hatte, bei der er gefragt habe, warum der freie Verband bei der Aufstellung des Tarifentwurfs nicht benachrichtigt worden sei; da habe Herr Schwarz erklärt, daß er von der ganzen Tarifgeschichte nichts wisse. Diese Äußerung wurde von einigen Zuhörern bestätigt und erregte lebhaften Beifall. Nachdem noch 9 Kollegen neu eingetreten waren, fand nach einem kernigen Schlusswort des Gauleiters die schon verlaufene Versammlung ihr Ende.

Peilau. Am 16. Januar fand im Lokal des Herrn Karjunkte unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Kollege Glagel gab den Kassenbericht. Die Einnahme ergab 822,33 Mark, die Ausgabe betrug 304,20 Mark, so daß ein Kassenbestand von 518,13 Mark verblieb. Nun ging Kollege Müller aus Striegau zu seinem Vortrage über. Er sprach über das Thema: Mühsal und Ausblick im Wirtschaftsleben. Der Referent verstand es, in seinem Vortrage die Anwesenden völlig zu fesseln. Dem Referenten wurde stürmischer Beifall zuteil. Nun ging die Versammlung zur Neuwahl des Vorstandes über. Als 1. Vorsitzender wurde Gustav Menzel, als 2. Paul Lindner, als Kassierer Kollege Glagel gewählt. Den Vorstandspersonen wurde für ihr bisheriges Wirken Dank und Anerkennung ausgesprochen. Als Revisoren wurden die Kollegen Paul Winkler und Johann Richterberger, als Schriftführer und Statistiker Kollege Suchner gewählt. Das Schlusswort hielt Kollege Müller, wobei er die Anwesenden auf die zukünftigen schweren Kämpfe aufmerksam machte und die Kollegen aufforderte, treu und fest zu der Organisation zu halten, um im gegebenen Falle gerüstet zu sein.

Niesha-Gröba. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Auch der Gauleiter Jahn war anwesend. Im ersten Punkte gab der Kassierer Jänike jun. die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Es ist eine Einnahme von 349,08 Mk. und eine Ausgabe von 228,54 Mk. zu verzeichnen. Bleibt ein Kassenbestand von 120,54 Mk. Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 29. Die Revisoren erklären, Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Nun wurde zur Neuwahl der Verwaltung geschritten. Als Vorsitzender wurde Kollege Horn, als Kassierer Albert Jänike wiedergewählt. Als Revisoren wurden Max Morgenstern und Alfred König gewählt. Letzterer fungiert auch gleichzeitig als Schriftführer. Unter Verschiedenem kam es zur längeren Aussprache über den Einheitsstarif der Marmorarbeiter Deutschlands. Der Gauleiter gibt die nötigen Hinweise und ermahnt gleichzeitig zur Vorsicht. Weiter wurde beschlossen, für den Platzkassierer der Marmorhauer einen Stempel anzuschaffen, um die bezahlten Beitragsmarken zu entwerfen. Hieraus gab Kollege Otto den letzten Karteibericht bekannt. Auf Antrag wurde einstimmig beschlossen, für die Arbeiterbibliothek 3 Mk. zu bewilligen.

Seebach. Am 19. Januar fand hier unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 4. Quartal 1909 bekannt, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Als Vorsitzender wurde an Stelle des erkrankten früheren Johann Wimmer gewählt. Zum Delegierten für die Gaukonferenz wurde Jakob Sempel gewählt. Sehr bebauert wird von Seiten der Pflastersteinarbeiter, daß diese Arbeiterkategorie im Zentralauschuss gar nicht vertreten ist. Möge dieses bei dem diesjährigen Verbandstage berücksichtigt werden. Sehr zu begrüßen ist, daß sich die Mitgliederzahl in der Zahlstelle im Laufe des letzten Jahres fast verdoppelt hat. Es haben doch die Erfahrungen des letzten Jahres gezeigt, daß uns hier nur festes Zusammenhalten vor dem ärgsten hat schützen können.

St. Johann. Am 18. Januar tagte unsere Generalversammlung, zu der Gauleiter Garfert eingeladen war; leider teilte er uns mit, daß er nicht kommen könne. Angesichts der Tagesordnung wäre es doch Pflicht der Kollegen gewesen, vollständig zu erscheinen; aber weit gefehlt, und gerade solche Kollegen, die schon Ehrenämter begleitet haben resp. noch begleiten, glänzten durch Abwesenheit. Ja, auf dem Wertplatz haben diese Leute den großen Mund, aber in der Versammlung sieht man sie nicht. Kollege Bed gab den Kassenbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Die Neuwahl brachte, daß Kollege

Bed als Vorstand und Kassierer einstimmig wiedergewählt wurde. Ebenso die Revisoren Brud und Höbel. Zum Schriftführer wurde Brunner neu gewählt. Im Punkte Verschiedenes wurde ein Antrag gestellt, den Wochenbeitrag von 55 auf 60 Pf. zu erhöhen, der auch einstimmig zur Annahme gelangte.

Kundschau.

Unverständlich. Der Vorstand der Steinbruchsberufsgenossenschaft hatte sich mit dem Antrage zu befassen, alljährlich 1000 Mark zu bewilligen, um die Personen zu unterstützen, welche besonders im Interesse der Unfallversicherung tätig sind. Dieser Antrag wurde unter dem Vorhitz des Herrn Weinmann-Solnhofen abgelehnt. Die Steinbruchsberufsgenossenschaft wäre sicherlich nicht zugrunde gegangen, wenn der lobenswerte Antrag Annahme gefunden hätte.

Die Frachtermäßigung für Steinbruchszeugnisse hat der preussische Minister ohne stichhaltige Begründung abgelehnt. Wir können allerdings diesen Entschluß nicht verstehen. Nach unserer Meinung brauchen nachstehende Steinbruchszeugnisse niedrigere Frachtsätze: bohrerte Kalksteine, Pflastersteine, Bruchsteine, Kalkschlag und Packlage. — Der preussische Staat hat kein Interesse an der Frachtermäßigung, im Gegenteil, er will mit aller Gewalt die Schiffsabgaben zur Annahme bringen, also eine Erhöhung der Frachtsätze durchsetzen.

Eine Geologische Vereinigung wurde kürzlich unter dem Vorhitz des Professors Dr. Kayser in Frankfurt a. M. gegründet. Es soll damit bezweckt werden, in der breiten Öffentlichkeit mehr Aufklärung über den geologischen Aufbau der Erde zu schaffen. Eine solche Gründung hat weit mehr Nützlichkeit als wie beispielsweise die bayrischen Zentrumsvereine zusammengenommen.

Die Wiesbadener Richtung hat im Verband der Granitschleifereibesitzer einen starken Gegner erhalten. Und es kann wirklich nichts Schöneres, wenn sich nunmehr die Unternehmer etwas besser rühren, indem sie bemüht sind, daß bei Denkmalarbeiten auch der Granit wieder mehr zur Geltung kommt. Der Leiter des Verbandes der Granitschleifereibesitzer, Herr Architekt Fuchs, äußert sich über das durchzuführende Programm folgendermaßen: „Der polierte Granit, welcher seiner einzigartigen Schönheit wegen sich lange Zeit hindurch der Gunst des Publikums zu erfreuen hatte, begann allmählich in den Hintergrund zu treten. Es lag dies weniger daran, daß der Granit lediglich eine Modelage war, die nun lediglich einer andern Platz machte, als vielmehr daran, daß zu wenig neue und künstlerische Formen auf den Markt kamen und dadurch eine gewisse Ermüdung eintrat, die von der Konkurrenz mit großem Geschick dazu ausgenutzt wurde, ihrem Material — insbesondere dem Muschelkalk — weiteste Verbreitung zu verschaffen. Wenn man die außerordentlichen Eigenschaften des polierten Granits bedenkt, seine absolute Wetterbeständigkeit und die wunderbare Schönheit sowie den Abwechslungsreichtum seiner Farben, kann man wohl mit Sicherheit annehmen, daß nach dieser kurzen Periode des Rückganges eine solche neuer, vermehrter Beliebtheit folgen wird. Wenn man ihn den herrschenden Formen unserer Zeit mit Verständnis für seinen Materialcharakter anzupassen versteht. Der Verband deutscher Granitschleifereien hat sich diese Aufgabe gestellt. Neben der Erlebung rein interner Fragen wird sein Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, gute Entwürfe von der Hand erster Architekten und Bildhauer zu beschaffen und diese an seine Mitglieder zur Ausführung abzutreten. Er ist der festen Überzeugung, daß, wenn er erst mit künstlerischen Denkmälern auf den Markt kommt, er auch bald wieder die Gunst des Publikums aller Kreise erworben haben wird. Außerdem ist anzunehmen, daß hierdurch die Paragraphen einiger Friedhofsordnungen, die das Aufstellen polierter Denkmäler verbieten, gegenstandslos werden. Denn es erscheint ausgeschlossen, daß man Denkmäler von ungeheuren Architekten, die doch auch etwas verstehen, nicht aufstellen läßt, anstatt sich darüber zu freuen. Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in München und steht unter der Leitung eines Architekten.“

Herr Architekt Fuchs hat sehr recht mit der Andeutung, daß zu wenig neue künstlerische Formen auf den Markt geworfen werden. Es wird auch nicht so leicht gehen, daß sich der Granit die so lange innegehabte Position ohne weiteres wieder erobern kann.

Die preussischen Baugewerkschulen im diesjährigen Etat. Neue Schulen sind gegen früher nicht hinzugekommen. Folgende Schulen bestehen: Königsberg i. Pr., Deutsch-Krone, Frankfurt a. O., Stettin, Posen, Breslau, Görtz, Rattowitz, Magdeburg, Erfurt, Ederstraße, Rieburg, Hildesheim, Buztebude, Münster i. W., Hörter, Kassel, Frankfurt a. M., Jöstein, Barmen-Elsberfeld, Essen, Köln, Aachen und Tiefbauerschule Rendsburg. Zusammen 24. Dazu kommt die Baugewerkschule Berlin, welche nicht staatlich ist. Die 24 Direktoren erhalten ein Gehalt von 5400 bis 7200 Mark. Außerdem erhält jeder Direktor 600 Mark pensionsfähige Funktionszulage. Die 330 Oberlehrer bekommen 3000 bis 7200 Mark Gehalt, 60 Lehrer 2400 Mark bis 4800 Mark. Außerdem 2 Lehrer 2100 bis 4500 Mark.

Die 24 staatlichen Schulen haben Einnahmen aus Schulgeld 870 530 Mark, aus Stiftungsvermögen 460 Mark, aus sonstigen eigenen Einnahmen 20 083 Mark, aus Zuschüssen der Gemeinden 340 209 Mark. Das macht Summa der Einnahmen 1 168 372 Mark.

Die Ausgaben betragen für Besoldungen 2 066 880 Mark, für Wohnungszuschüsse 336 650 Mark, für andre persönliche Ausgaben 278 750 Mark, für sächliche und vermischte Ausgaben 423 516 Mark. Das macht Summa der Ausgaben: 3 105 796 Mark. Hinzu beträgt der Staatszuschuß, die Mehrausgabe des Staats, für 24 Baugewerkschulen 1 957 424 Mark. Also rund 2 Millionen Mark. Das macht im Durchschnitt für jede Schule Staatszuschuß rund: 81 560 Mark.

Es hat lange gedauert, bis man in Preußen den großen Wert des Baugewerkschulwesens erfaßt hat. Leider ist die Steinerschule in Görtz eingegangen.

Er bleibt schwarz. Der oberpfälzische Bezirksleiter des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes tritt von seinem Posten zurück. In einer Versammlung zu Weiden, wo sich die neue Größe, Herr Schwarz, vorstellte, meinte Salomon, „die Gerüchte, daß er nun zu den Roten überträte, seien falsch; er halte nach wie vor zum christlichen Verbande.“ — Die Roten hätten sich diesen Zuwachs selbstredend auch ganz energisch verboten.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 24. bis mit 20. Januar 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

- Benig-Redwitz, B. 92.—, K. 10.—, M. 0.75. Rottenbauer, B. 33.12, E. 4.25, K. 6.50. Jyhsen, B. 18.06, K. 4.80, E. 4.50. Langenfeld, B. 1.40. Abainville, B. 23.38. Sübbede, B. 14.30. Rudolphadt, B. 4.95. Gleiszellen, B. 2.10. Mersburg, B. 2.—. Aldorf, B. 4.95. Weidenhain, B. 3.80. Dortmund, Ins. 3.20. Eichershausen, B. 68.40, E. 1.25, K. 1.60. Söcht i. Odenw., B. 15.96, K. 1.10. Königshain, B. 58.52, E. 1.50, K. 2.20. Bonn, B. 57.04, E. 1.—, K. 4.70. Dortmund, B. 69.—, K. 3.—. Nebra, B. 26.70, K. 0.90. Birges, B. 9.20, K. 4.50. Burgen, B. 84.—, E. 19.—. Eckenstetten, B. 91.56, K. 1.20. Blafste, Ab. 4.80. Garburg, B. 18.15. Niederoderwitz, B. 1.10. Waldheim (Mödel), B. 2.90. Spangenberg, B. 0.50.

Allgemeine Bekanntmachungen.
Königsheim. Der Kollege Joseph Wagner hat hier seine Interimstarife liegen lassen. Gustav Grülich.

Adressen-Änderungen.

Dortmund. Vorf.: Karl Bernhardt, Wambeler Str. 35. Raff.: Herm. Prothmann, Düsseldorf Straße 16, II. — Reiseunterstützung wird beim Wirt Heinemann, Weissenburger und Ede Holzhoffstraße, ausgezahlt.
Mainz. Vorf.: E. Schmidt, Dallbergstraße 14. Bühlberg. Vorf.: Fritz Riedl. Raff.: Max Hasenöhr. Aupperbach. Raff.: Fritz Wölmer, Bachstraße 6.
Nürnberg a. S. Vorf.: Fritz König, Moritzstraße 20. — Die Reiseunterstützung wird auf Platz Eisner, Weissenfelder Straße, ausgezahlt.
Mannheim. Vorf.: Friedrich Hofmann, Schweginger Straße 172, II. Raff.: Georg Staab, Augartenstraße 73, III. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.
Heilbronn. Vorf.: Ernst Häusler, Böckingen. — Die Reiseunterstützung wird in Heilbronn in Gasthaus zur Rose ausgezahlt.

Briefkasten.

Kur, G. Du hast mit Deiner Kritik vollständig recht. Vielleicht wurde an irgendeinen Vimperlwitzig sogar noch eine Puldbigungsdepesche abgehandelt. Besten Gruß! — Schmidt. Der Tagelöhner G. hat nach Feierabend noch einen Brief der Firma zur Post besorgt. Nun ist G. gestolpert, und für seine schwere Fußverletzung kann er Rente verlangen. In ähnlichen Fällen hat auch dementsprechend das Reichversicherungsamt entschieden. (Mäheres in den amtlichen Nachrichten, Bd. 95, S. 283, Ziff. 1436). — D. Ist berücksichtigt worden. Viele Grüße! — G. So ist's recht, nur immer gleich die gekränkte Leberwerk spielen. Am besten ist, es wird alles nach dem schärfsten Bureautrismus gehandhabt. Die Kollegen wollen's ja nicht anders.

Mehrere Berichte mußten zurückgestellt werden.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr
Öffentl. Steinarbeiter-Versammlung
in Tautewalde.
Die Kollegen von Demitz und Umgebung mögen sich hieran recht zahlreich beteiligen.
Die Ortsverwaltung. J. A. Paul Beyer.

6. Gau (Hannover).
Am Sonntag, den 6. März, vormittags 11 Uhr, findet unsere **Gaukonferenz** im „Sindenhof“, Hannover-Linden, statt.
Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung. 2. Organisation und Agitation. 3. Die wichtigsten Verbandsfragen. 4. Anträge und Verschiedenes.
Die Zahlstellen des 6. Gau'es werden ersucht, sofort hierauf Stellung zu nehmen und die Namen der Delegierten der Gauleitung zu melden. — Die Kassenbücher sind mitzubringen.
Die Gauleitung. J. A. Paul Beyer.

7. Gau (Köln).
Am Sonntag, den 13., und Montag, den 14. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Saale des Herrn Aug. Sattler in Brück bei Dieringhausen unsere **Gaukonferenz** statt.
Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters. 2. Diskussion. 3. Beratung eventueller Anträge zum Verbandstage und zur Erwerbslosenunterstützungsvorlage. (Ref.: Kollege R. Rubin, Köln). 4. Die Durchführung der Bundesratsverordnung im Gau. 5. Kassenbericht der Gausteuer und Verwendung derselben.
Die Kosten der Delegation finden aus der Ortsklasse zu zahlen. Den neugegründeten Zahlstellen kann ein Zuschuß gewährt werden. Die Delegierten haben ihr Verbandsbuch oder Interimstarife nebst Statistik und das Kassenbuch der Zahlstelle mitzubringen. Eventuelle Anträge sowie die Namen der gewählten Delegierten sind mir bis 9. März mitzuteilen.
Die Gauleitung: Adolf Herrmann.

9. Gau (Karlsruhe).
Die **Gaukonferenz** findet am Sonntag, den 6., und Montag, den 7. März 1910, vormittags Punkt 10 Uhr, in Karlsruhe in der **Restaurations Kutschmann**, Alte Brauerei 66, Kaiserstraße 13, am Durlacher Tor, statt.
Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters für das Jahr 1909. 2. Organisation und Agitation. 3. Lohnbewegungen und Tarifverträge. 4. Stellungnahme zum Verbandstage. 5. Anträge der Zahlstellen. 6. Verschiedenes.
Das Jahrgeld und die Spesen für den Sonntag werden von der Gausteuerkasse getragen. Anträge der Zahlstellen sowie die Namen der Delegierten sind bis spätestens 15. Februar einzureichen. Gleichzeitig ist anzugeben, welche Delegierten Nachtquartier wünschen und ob diese sich am gemeinsamen Mittagessen beteiligen. Die Kassenbücher der Zahlstellen sind mitzubringen.
J. A. Hugo Braun.

Schürzen Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buchstinsosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Kellorben.
In Dungenau am 29. Januar der Kollege Adolf Jafobowitz, 34 Jahre alt, an Leberkrankheit.
In Dresden am 28. Januar der Kollege Clemens Grubbe, 42 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Benig-Redwitz am 23. Januar der Kollege Hermann Wähld, 34 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Umgehung der Arbeiterschutzgesetze.

Beinahe 100 Jahre ist die Arbeiterschutzgesetzgebung alt und ihre Geschichte ist die von heftigen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern, zwischen Unternehmern und dem Staat, ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Die ersten staatlichen Maßnahmen zum Schutze kleiner Kinder, die der unersättliche Kapitalismus ebenso rücksichtslos und gewissenlos ausbeutete, wie erwachsene Männer und Frauen, stießen ebenso auf den erbitterten und lärmenden Widerstand der Kapitalisten, wie heute in Deutschland die Einführung des gesetzlichen Feiertags an Stelle des Elbstundentags für die Arbeiterinnen. In jedem einzelnen Falle sollte die Industrie durch das Stillschließen der Arbeiter zum Scheitern gezwungen werden, in seiner Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt werden, und darum war es im Interesse der „Selbsterhaltung“ notwendig, dagegen anzukämpfen. Aber ebenso hat die Praxis in jedem einzelnen Falle gelehrt, daß die Unglückspropheten der Unternehmer und ihrer politischen Trabanten entweder bewußte Unwahrheiten, ein klassenegoistischer Obstruktionskampf oder aber übertriebene, ungerechtfertigte Befürchtungen waren. Tatsache ist, daß noch jede Arbeiterschutzmaßnahme zum Besten der Gesamtheit diente und auch die einzelnen nicht schädigte, und daß dabei die Industrie nicht nur litt, sondern im Gegenteil dadurch gerade gefördert und zu geistlicher Weiterentwicklung gebracht wurde. Wir haben heute in den Industriestaaten eine Arbeiterschutzgesetzgebung, wie sie nie zuvor bestand, womit wir natürlich nicht sagen wollen, daß sie auf ihrem absoluten Höhepunkt angelangt sei, der vielmehr noch in weiter Ferne liegt, und wir haben heute auch eine Stufe der Entwicklung der Industrie erreicht, wie in keiner früheren Zeit. Es ist also offenbar, daß sozialer und industrieller Fortschritt einander nicht nur nicht ausschließen, sondern vielmehr sich gegenseitig geradezu bedingen.

Trotzdem dauert der tiefe Haß der Unternehmer gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung fort. Es ist die Hauptaufgabe des neuen Hansabunds der Unternehmer, ihre fortschrittliche Weiterführung mit allen Mitteln zu verhindern und, wenn möglich, sie wieder zu beseitigen oder aber aus dem Arbeiterschutz den Unternehmertrug zu machen.

So lange aber die Arbeiterschutzvorschriften bestehen, bemühen sich die Unternehmer und ihre Angestellten, sie zu mißachten und mit Füssen zu treten. Das lehrt auch wieder die amtliche Statistik der Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze in den letzten Jahren durch die Unternehmer.

Nach den Feststellungen der Gewerbeaufsichtsbeamten gab es im Jahre 1908: 259 017 (1907: 250 724) revisionspflichtige Betriebe, in denen 8 122 416 (8 128 319) Personen beschäftigt waren. Davon waren: 4 520 066 (4 533 548) erwachsene männliche Arbeiter, 1 150 033 (1 145 535) Arbeiterinnen über 16 Jahre, 440 255 (436 182) Jugendliche und 12 062 (13 054) Kinder.

Der Vergleich der Zahlen aus den beiden Jahren ergibt interessante, wenn auch nicht neue Resultate. Demnach ist die Zahl der der Fabrikaufsicht unterstellten Betriebe im Krisenjahr 1908 gegen 1907 um weitere 9000 gestiegen, in denen man es aber nicht mit neugegründeten, sondern nur neuentdeckten, also mit solchen Betrieben zu tun haben dürfte, die schon vorher kürzere oder längere Zeit bestanden haben. Gleichzeitig hat die Gesamtzahl der Arbeiter eine Verminderung um 6000 erfahren, die in Zusammenhang mit der Zunahme der Zahl der Betriebe den Schluß zuläßt, daß es sich in den neuentdeckten Betrieben in der Hauptsache nur um Mittel- oder Kleinbetriebe handelte.

Revidiert wurden 135 330 (1907: 130 735) Betriebe, gleich 52,1 Prozent (52,1 Prozent) sämtlicher Fabriken usw., und es waren in den revidierten Betrieben 5 081 051 (5 036 133) Personen beschäftigt. Das sind 82,3 Prozent (82,3 Prozent) sämtlicher Arbeiter. Das Verhältnis ist

hinsichtlich der Arbeiter günstiger als bezüglich der Betriebe, aber weder in der einen noch in der andern Richtung befriedigend. Denn grundsätzlich sollte jeder Betrieb mindestens einmal im Jahre vom Gewerbeinspektor besucht werden, und wenn das beim heutigen Personalbestand der Fabrikinspektion nicht möglich ist, so muß er eben vermehrt werden.

Wesentlich zurückgegangen ist der Umfang der Uebertretungen. Solche war von den Behörden 1391 (1907: 1870) Betrieben für 87 198 (143 683 Stunden an den ersten fünf Wochentagen, ferner 223 (278) Betrieben für 10 015 (17 821) Arbeiterinnen an den Sonnabenden gewährt worden. Dazu kommen noch 2070 (2303) Betriebe mit 86 937 (128 897) Arbeitern und 928 127 (1 325 977) Arbeitsstunden an Sonn- und Festtagen.

Es ist sonach wieder wie immer von den Behörden den Unternehmern in weitherzigster Weise und großem Umfang Ueberzeit- und Sonntagsarbeit bewilligt worden, und man sollte daher meinen, daß schon in Rücksicht auf diese sehr entgegenkommende amtliche Praxis die Unternehmer so loyal sein und nicht trotzdem auch noch die gesetzlichen Vorschriften übertreten und mißachten sollten. Es geschieht dies aber dennoch in ausgedehntem Maße, wie folgende Uebersicht zeigt:

	Bestrafte Handlungen	Verurteilte Personen
Vergehen gegen die Gewerbeordnung:		
Arbeitsordnung	36	29
Arbeitslohn	33	37
Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen*	222	222
Sonntagsruhe	2264	2219
Arbeitsräume usw.	8821	8835
Kennzeichnung der Arbeiter	2265	2195
Frauenschutz	2	2
Jugend- und Kinderschutz	1084	1005
	1155	1109
Andere Gesetze:		
Kinderschutz	4212	4219
Anfertigung von Phosphorhölzern	1	1
Schutz der Schiffsbesatzung	27	17
Arbeiterversicherung	1232	1170
Zusammen 1907	21 384	21 061
1908	21 902	21 291

In diesen Zuwiderhandlungen haben die größeren Bundesstaaten folgenden Anteil:

Bundesstaat	Anzahl Handlungen	Anzahl Personen
Preußen	11 506	11 579
Sachsen	2 431	2 338
Bayern	1 520	1 380
Hamburg	1 263	1 263
Württemberg	1 182	1 118
Baden	1 408	1 081

Es handelt sich bei diesen Angaben nur um die von den Fabrikinspektoren selbst ermittelten Uebertretungen. Von anderer Seite zur Kenntnis gebrachten Zuwiderhandlungen gegen Gesetzesbestimmungen, in den Betrieben durch Unternehmer oder ihre Angestellten. Sie repräsentieren an sich eine große Summe Gesetzesübertretungen von Deuten, die sich „Ordnungsmenschen“ nennen und es als ihre Aufgabe betrachten, die „Ordnung“ gegenüber der Sozialdemokratie zu verteidigen. Die 21 384 Gesetzesübertretungen sind wichtige und prächtige Illustrationen des „Ordnungssinns“ der kapitalistischen Ordnungsmenschen. Und dabei handelt es sich bekanntlich bei diesen Vergehen nicht um solche, die wirtschaftlichen Not oder menschlichen Leidenschaften entspringen, sondern um pure Gewinn- und Raubbau, um die unzählbare Ausbeutungswut gegenüber der Arbeiterschaft.

Die vorstehenden Angaben machen jedoch nur einen Teil und wahrscheinlich nur den kleinsten Teil der wirklich vorkommenden Gesetzesübertretungen aus, da die

* Die erste Zahl bezieht sich auf die Bestimmungen über die Mindestruhe und Mittagspause in offenen Verkaufsstellen, die zweite auf die Bestimmungen über den Ladenschluß.

meisten derselben unentdeckt bleiben. Ihre vollständige Erfassung wäre nur möglich durch die konsequente und prompte Mitwirkung der Arbeiterschaft, an die heute noch nicht zu denken ist.

Und so werden bis auf weiteres auch in der Zukunft die gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften von den Unternehmern häufig übertreten werden, um so mehr, da ihnen gegenüber von der „Abschreckungstheorie“ in der Strafrecht die Rede ist. Für diese Vergehen sind in der Hauptsache nur milde Geldstrafen vorgesehen, und die bürgerlichen Richter genieren sich nicht, Bußen von wenigen Mark in Fällen zu verhängen, in denen der von den rentierten Unternehmern rechtswidrig erlangte Vorteil das Mehrfache derselben ausmacht. Wie gestraft wird, lassen folgende Angaben erkennen: Die Strafen verfallen in Verweise, Geld-, Haft- und Gefängnisstrafen. 20 958 von den 21 061 oder 99,5 Prozent aller Strafen waren Geldstrafen, und zwar fast die Hälfte davon, nämlich 10 150, Strafen von über 3 bis 10 Mk., während 6668 aus solchen von 3 Mk. bestanden. 45 Strafen waren Gefängnisstrafen, 13 Haftstrafen. Verweise wurden 45 erteilt. Von den Gefängnisstrafen bezogen sich 40 auf rechtswidrige Verwendung von Lohnabzügen; von den Haftstrafen sind 8 wegen Verstoßes gegen die Sonntagsruhe verhängt worden.

Das sind „Strafen“! Sie schrecken so wenig ab, daß die Gesetzesübertretungen in denselben Betrieben sich immer wiederholen, weil die Vorteile ganz bedeutend die Nachteile überwiegen. Gegen Arbeiter können bürgerliche Gesetzgeber und Richter bekanntlich auch anders. Gegen sie werden die härtesten Strafen verhängt, um die viel-mißbrauchte „Autorität“ zu retten. Es ist die tatkräftige Mitwirkung der Arbeiter unerlässlich, um die strikte Durchführung der zu ihrem Schutze geschaffenen Gesetze zu sichern.

Korrespondenzen.

Blauberg. Die am 14. Januar stattgefundene Versammlung war sehr stark besucht. Die Pflastersteinarbeiter, welche am Hohenbogen beschäftigt sind, waren vollständig erschienen. Kollege Rantes gab einen umfassenden Bericht über die Tarifverhandlungen in Blattling. Rantes führte an, daß die Löhne sehr verbesserungsbedürftig seien, aber die Unternehmer hätten sich auf den schlechten Geschäftsgang. Die Kommission ist der Meinung, daß der Tarif auf 2 Jahre weiterlaufen soll. Die Debatte war recht lebhaft. Besonders klagten die Pflastersteinarbeiter, daß sie recht ungenügend bezahlt würden. Das Material von Hohenbogen sei sehr hart, dabei läßt die Spalterbeit viel zu wünschen übrig. Aber trotzdem erhielten sie weniger Lohn wie die Kollegen anderwärts. Die Pflastersteinarbeiter sind der Meinung, daß der Tarif unter allen Umständen gekündigt werden soll. Kollege Staubinger erkennt die Klagen als berechtigt an, aber trotzdem müßte er erziehen, daß der Blattlinger Abmachungen zugestimmt wird. Vielleicht ist es möglich, daß für die Pflasterer durch eine separate Abmachung später doch noch etwas herausgeholt werden kann. Wie großer Mehrheitsbeschluss, daß der Tarif bis 1912 verlängert werden soll. Dann hielt Kollege Staubinger einen sehr fesselnden Vortrag über das Thema: Die Steinmehrer des Altertums. Wenn der Referent meinte, das Thema würde vielleicht für die Anwesenden zu trocken sein, so irrte er sich. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In Verschiedenem wurde betont, daß die Beitragszahlung eine pünktlichere werden soll.

Bühlberg. Unsere diesjährige Generalversammlung, welche am 8. Januar stattfand, war, wie gewöhnlich, nur mäßig besucht. Nachdem der Kassenbericht erstattet und von den Revisoren für richtig erklärt worden war, ging man zur Vorstandswahl über. Es mußte dreimal gewählt werden, bis endlich Kollege Fritz Riobl das Amt als Vorsitzender annahm. Der bisherige Kassierer, Hafendörfl, wollte auch sein Amt niederlegen, nachdem er aber wiederholt einstimmig gewählt wurde, erklärte er, den Posten weiter zu führen. Zum Schriftführer wurde Kollege Scheller, zu Revisoren die Kollegen Stadler und Machwändl gewählt. Beim Punkt Verschiedenes kam es zu einer lebhaften Debatte zwischen einigen Kollegen, welche es nicht unterlassen können, persönliche Zwistigkeiten in der Versammlung breitzutreten. Der Steinmehrer Jakob Platt mußte wegen rückständigen Beiträgen aus der Liste gestrichen werden. Am Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen zur besseren Einigkeit und

Die deutsche Schieferindustrie.

II.

Wir begeben uns nun mit dem Aufseher in die Spalthütte. Von weitem macht dieselbe wegen ihrer soliden Bauart einen sehr guten Eindruck. Als wir aber unsern Fuß über die Eingangspforte setzten, da wurden wir sofort gewahrt, wie die Plattenpalter in geradezu enormer Weise dem verheerenden Schieferstaub ausgesetzt sind. Die Hütte ist für 50 Spalter eingerichtet, aber der erzeugte Staub steigt nur langsam in die Höhe, denn das Schiefermaterial ist bruchfeucht und so genügen die Fenster- und Dachventilationen den gestellten Anforderungen nicht im geringsten. Um die Spalter vor der mörderischen Staubentwicklung zu schützen, wäre es notwendig, daß Exhaustoren aufgestellt würden. Die Arbeiter tragen selbstredend Schutzbrillen, und wenn wir durch die dichten Staubwolken richtig gesehen haben, sind auch einige mit Respiratoren ausgestattet. Diese Staubschüler werden aber nicht viel nützen, denn die frische Luft vermengt sich sofort mit dem feinsten Staub. Die Spalthütte wird von einigen Gleisen durchquert, das Zu- und Abfahren der Materialien geht flott von statten.

Das Spalten selbst geht in folgender Weise vor sich: Die Schieferklumpen, in der Größe verschieden, aber die Maße von etwa 70 Zentimeter Länge, 60 Zentimeter Breite und 20 Zentimeter Stärke nicht überschreitend, werden in die Spalthütte transportiert.

Die erste notwendige Trennung, also der Stärke nach, wird mit dem langgestreckten Trennoisen, welches die Form eines Hufeisens auf Sandstein hat, vorgenommen. Dann geht die weitere Trennung mit äußerst flachen, betriebsbiegsamen Eisen vor sich. Es erweckt für den Steinmehrer das größte Interesse, wenn er sehen kann wie die Platten in einer Stärke von 5—6 Millimeter

mit ziemlicher Schnelligkeit von den größeren Klumpen abgetrennt werden. Die Spalter haben eine Art Hantel, welche etwa 80 Zentimeter hoch sein mag. Die Klumpen werden in einen bis zu einer geringen Tiefe ausgehöhlten Holzloch gestellt, damit sich aber der Arbeiter beim Spalten keine Brustverletzung zuzieht, der Klumpen legt sich aufrechtstehend an seine Brust an, so ist seine Schürze stark gefüllt. — Das Spalten kann nicht schwer sein, denken wir uns. Schnell erbitten wir uns das Trenneisen und den Holzschlägel. (Eisen- und Stahlhämmer können nicht verwendet werden.) Wir führten einen mittelmäßigen Schlag, aber schon flogen die Trümmer nur so herum. Ein zweiter und dritter Versuch bringt ebenfalls kein anderes Resultat. Es fiel uns das Sprichwort ein: Schuster bleib bei deinem Leisten.

Mit den gespaltenen Platten, besser gesagt Blättchen, hantieren jetzt nun die „Schablontierer“. Diese Arbeiter müssen sofort erkennen, mit welcher Schablone sie vor-schreiben können. Sie müssen, wie die Pflastersteinarbeiter, über ein scharfes Augenmaß verfügen. Wer beim Schablontieren einige Zeit zuseht, kann ohne weiteres den tüchtigsten Arbeiter vom minder tüchtigen unterscheiden. — Die schablontierten Tafeln werden nun zugeschnitten. Das 3—4 Zentimeter hohe Messer ist an einem 80—90 Zentimeter langen Hebel befestigt, die einfache Vorrichtung hat mit einem Brotmesser, wie solche in großen Gashäusern gebraucht werden, sehr viel Ähnlichkeit. Es kommt auch sehr häufig vor, daß die Schieferplatten beim Zerschneiden noch zerspringen. Diese werden dann nochmals schablontiert und zum zweitenmal zugeschnitten.

Die sogenannte trapezoidale Form wird nicht nach der Schablone zugeschnitten, hier ist nur das Augenmaß entscheidend. Aber die sich gegenüberliegenden Winkel müssen bei großen wie kleinen Platten völlig gleich sein.

Wir nehmen mehrere freihändig zugeschnittene Platten und bei der Prüfung ergibt sich, daß die Winkel alle egal sind. Es gehört eine jahrelange Übung dazu, um freihändig diese Trapezform herzustellen zu können.

Die bloßgelegten, also gespaltenen Flächen sind gerade glatt und glänzend. Nur der Feinkörnigkeit der Masse und der Glätte der Flächen ist die bedeutende Kohäsion zuzuschreiben, welche der Arbeiter beim Spalten mit Geschwindigkeit überwinden muß. Dieselben Eigenschaften begründen aber auch den Umstand, daß die einzelnen Schieferblätter bei ihrer Verwendung als Bedachungsmaterial sich fast ohne Zwischenraum übereinander legen und so dem Gebäude einen vorzüglichen Panzer gegen Schnee- und Regenstürme gewähren. Dazu kommen noch als weitere Vorzüge, daß der Lebestener Dachziegel den zerstörenden Einflüssen des atmosphärischen Sauerstoffs, der Kohlenäure und des Wassers sehr wenig unterliegt, leicht und billig ist. Laut einer chemischen Analyse sind im Lebestener Dachziegel 64,58 Gewichtsteile Kieselsäure verbunden mit 17,10 Teilen Tonerde und 13,11 Teilen verschiedener anderer Oxide; nur 0,53 Teile kohlenaurer Kalk finden sich vor; 4,08 Teile Wasser sind darin chemisch gebunden, und eine Spur von Kohlenstoff ergänzt die Zusammenfügung zu 100 Teilen. Seine Bestandteile befinden sich in ihm bereits auf der höchsten Oxydationsstufe. Die Kohlenäure vermag das Tonerdeflikat nicht zu erzeugen, und das Wasser ist nicht imstande, ein Silikat aufzulösen, in welchem die Sauerstoffmenge der Kieselerde ein Mehrfaches von dem Sauerstoffquantum der mit ihr verbundenen Basen ist. Das spezifische Gewicht des Schiefers ist 2,74. Das Material zu einem Quadratmeter Dachziegel wiegt ungefähr 30 Pfund, dabei entspricht es allen Anforderungen auf Dauerhaftigkeit und Dichtigkeit und leistet durchschnittlich nur 1,50 Mt.

Die herzoglichen Schieferbrüche haben eine Tiefe bis zu 70 Meter. Die Bruchlöcher sind vom Abfall gut ge-

forderte jeden auf, sein möglichstes zu tun, damit es vorwärts gehe und nicht rückwärts.

Am 13. Januar fand abermals eine Versammlung statt. Kollege Staudinger referierte über die Tarifverhandlungen in Plattling. Die Debatte war eine recht lebhaft; insbesondere wurde kritisiert, daß der Tarif auf zwei Jahre ohne Lohnzuschlag weiterläuft. Einige Kollegen machten aber auf den schlechten Geschäftsgang aufmerksam. Sicherlich hätte die Kommission eine Klärung des Tarifs vorgenommen, wenn sie darin Vorteile erblickt hätte. Die Abstimmung ergab, daß mit großer Mehrheit die Taktik der Kommission gebilligt wurde. — Zum 2. Punkt hielt Staudinger ein sehr interessantes Referat über das Thema: Die Steinmetzwerke der Ägypter, Griechen und Römer. Trotz dem die Kollegen tagsüber schwer gearbeitet hatten, herrschte während des Vortrages geradezu eine musterhafte Ruhe. Der Vorsitzende wünschte, daß Thematika geschichtlicher Art öfters in unsern Versammlungen behandelt werden möchten; dadurch könnte der Versammlungsbesuch sicherlich gehoben werden.

Eschershausen. (Die wirtschaftliche Lage der Hils-, Dolomit- und Kalkwerke in Eschershausen.) Die Dolomitsteine, die wohl des harten Materials wegen gut entlohnt werden müßten, verdienen ihr Brot recht schwer. Vor 12 Jahren wurden hier bei zehnstündiger Arbeitszeit 250 Mark verdient. Die Steinarbeiter organisierten sich 1900 und erreichten einen nennenswerten Erfolg. Zur Ehre der Kollegen sei gesagt, daß damals, obwohl die Bewegung noch jung war, sich fast keine Streikbrecher fanden. Die Unternehmer rechneten dann mit der Macht der Arbeiter und so kam es im Jahre 1907 sogar zu einem annehmbaren Tarifabschluß, wonach 9 1/2 stündige Arbeitszeit und 40 Pfg. Minimalstundenlohn erreicht wurde. Dieser Tarif wurde von den Firmen Kliffhardt und Peck anerkannt. Peck geriet kurze Zeit darauf in Konkurs infolge größerer Verluste, und der Nachfolger, die Hils-, Dolomit- und Kalkwerke S. m. b. H. erkannten den Tarif nicht an. Der Betrieb wurde zu der Zeit gesperrt, jedoch nach kurzer Zeit wurde die Sperre wieder aufgehoben, da er von unorganisierten Arbeitern geradezu überschwemmt wurde. Seitdem der Betrieb nun in Händen der neuen Leitung ist, herrscht daselbst eine richtige Betternwirtschaft. Wer gut angesehen ist, bekommt die Lohnsowie Akkordarbeit besser bezahlt wie der andre Arbeiter. Der Betriebsleiter Bentmann führte eine Arbeitsordnung nach seinem Geschmack ein und regiert ganz als Herr. Geht das Geschäft flott, so bekommt der Steinmetz bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Lohn von 350 Mark, die andern Arbeiter entsprechend weniger. Geht der Geschäftsgang flau, so wird natürlich willfährig abgezogen. Vor einiger Zeit ist nun das Geschäft infolge Durchbrennens eines Bankiers um eine größere Summe geschädigt worden; die Leitung ging nun hierbei mit einer Ungewöhnlichkeit vor, indem sie bemerkte, „den Schaden könne sie nicht allein tragen, sondern die Arbeiter müßten mit darunter leiden“. Die Löhne sollten nun bis auf 27 1/2 Pfennig reduziert werden. Hierdurch ist nun die Langmut der Arbeiter endgültig gebrochen. Die Steinmetzen und Stoher sind alle, die übrigen Arbeiter zum größten Teil dem Steinarbeiterverbande beigetreten und nun soll diese Lohnreduktion abgewehrt werden. Der Betriebsleiter Bentmann meint ja, mit etwa 220 Mark könne ein Arbeiter auskommen. Mander Angefallene vertritt an einem Tage diesen Betrag. Nun hat die Betriebsleitung wohl schon eingesehen, daß die Macht der Arbeiter sehr groß ist. Die Geschäftsleitung ging auf Verhandlungen ein und erklärt, die letzte Lohnreduktion zurückzuziehen, so daß der Lohn wieder 30—35 Pfg. pro Stunde betragen soll. Der Kampf soll nun aber doch Opfer hinterlassen, 20 Arbeitern wurde gekündigt. Die dortigen Arbeiter wollen sich aber auch dieses nicht gefallen lassen; sie verlangen auch die Zurückziehung der Kündigung. Kollegen, zeigt euch mannbar in diesem Kampfe. Was vor 10 Jahren unsern älteren Kollegen möglich war, ist jetzt erst recht möglich.

Frankfurt a. M. Unser erster Versammlungsbericht im neuen Jahre beginnt, wie der letzte im vergangenen, mit einer Klage über den schlechten Versammlungsbesuch. Kaum 40 Kollegen hatten es für nötig gefunden, an unsrer am 11. Januar im Gewerkschaftshause stattgefundenen Generalversammlung teilzunehmen. Der Kassierer erstattete Bericht über die Quartals- und Jahresabrechnung. Wir hatten im letzten Quartal eine Einnahme von 1685.02 Mark und eine Ausgabe von 716.40 Mark. Bleibt somit ein Bestand von 968.62 Mark. Im verfloffenen Jahre hatten wir eine Gesamteinnahme von 3435 Mark; 2720.50 Mark wurden davon an die Zentrale abgeschickt. An Reiseunterstützung wurden 268.50 Mark verausgabt, an Krankenunterstützung 720.75 Mark, und an Sterbegeld 30 Mark. Mitglieder hatten wir am Schluß des vierten Quartals noch 130 zu verzeichnen, ein Beweis, daß der Verband auch in Frankfurt die Krise gut überstanden hat. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren, welche das Kassierenwesen in muster-gültiger Ordnung vorfinden, Decharge erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Als Vorsitzender wurde Kollege A. Menges gewählt, der frühere erste Vorsitzende Kollege Reipmann ist in einen andern Beruf übergetreten. Als Kassierer wurde Kollege Winkel wiedergewählt. Von der Wahl eines zweiten Vorsitzenden wurde abgesehen, jedoch wurde der Vorstand durch die Wahl eines Schriftführers, welche auf Kollegen Schäfer fiel, wieder vollzählig. Als Revisoren wurde Kollege Decker wieder- und Kollege Goos neugewählt. Kollege Klein gilt als Ersatzmann. Dem seitherigen Vorstand sei an dieser Stelle nochmals der Dank der Kollegen für seine opferwillige Arbeit

reinhält, die mechanischen Fördermaschinen leisten gute Dienste. Die Gewinnung des Rohschiefers geht genau so vor sich, wie die des Granits. Wir vernehmen ein Hämmern und Bohren, als wenn wir noch im Kirchbruch zu Beucha beschäftigt sein würden. Der Abbau wird mitunter terrassenförmig betrieben, an den übrigen steilen Felswänden gleiten die Seilkörbe hin und her, in welchen die Brecher sich eingenistet haben. Es wird einem unheimlich zumute, wenn man diese Leute in einer Höhe von etwa 50 Meter schweben sieht und wie sie sich abmühen, das Gestein loszubringen. Die dichten Schieferblöcke, welche sich nicht gut spalten lassen, werden zu Bauarbeiten verwendet. Für den Steinmetzen gibt es aber trotzdem nicht viel Arbeit, denn das „Zufornen“ besorgt die Maschine. Höchstens bleibt für den Steinmetzen übrig, daß er ein einfaches Profil einschleifen kann. Diese „Kunst“ bringt ihm dann höchstens 40 Pfg. Stundenlohn ein. — Die Steinmetzen des Pirnaer Gebiets werden somit kein großes Verlangen nach den thüringischen Schieferbrüchen haben. — Der Schiefer wird auch geschliffen und poliert, etwa in derselben Weise wie Marmor. Um eine schöne Politur zu erzielen, wird aufgelöster Schellack, der mit Leinöl und Kienruß vermergt wird, verwendet. Wir glauben nicht, daß uns das Schiefermaterial, verwendet zu Haussteinen, jemals eine bedeutende Konkurrenz machen wird. Wir steigen aus dem größten Brüche heraus und nehmen zunächst die Bureaus in Augenschein, sie sind muster-gültig eingerichtet. In einem lichten Vorraum sind die merkwürdigen mineralogischen Funde ausgestellt. An das Direktionsgebäude reißen sich Beamten- und Arbeiterwohnhäuser in schöner Harmonie an. Nun geht's zum geräumigen Speisehaus. 2—3 holde Frauenfeen sind tätig, um die Küche in Ordnung zu halten. Nach Art der

ausgesprochen. Um einen besseren Besuch der Vorträge des Arbeiterbildungsausschusses herbeizuführen, wurde beschlossen, den Kollegen, welche diese Vorträge besuchen wollen, die Hälfte des Eintrittsgeldes aus der örtlichen Kasse zu vergüten.

Hannover. Am 9. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Anwesend waren 25 Kollegen und der Kassierer. Der Kassierer Apel gab die Abrechnung, die von den Revisoren beglaubigt wurde, worauf Entlastung erfolgte. Sodann gab der Vorsitzende Volte einen Rückblick über das verfloffene Jahr. Er hebt die Verschmelzungsfrage der beiden Sektionen nochmals hervor und rügt das ablehnende Verhalten der Kollegen. Er hofft aber dennoch auf das Zustandekommen der Verschmelzung. Im Laufe des Jahres 1900 sind 3 Vorträge gehalten worden. Die Kollegen aber sind sich des Wertes solcher Vorträge nicht bewußt, sonst wäre der Besuch besser gewesen. Die Beteiligung an der Statistik ließ zu wünschen übrig. Der Bericht von der Bauarbeiterschkommission durch Volte ergab, daß in dieser Hinsicht noch viel zu reformieren ist. Die vielen Unglücksfälle stehen in keinem Verhältnis zu den minimalen Strafen, welche verhängt wurden. Es befinden sich Strafen darunter von 1 Mk. Da der alte Vorstand abdankte, mußte zur Neuwahl geschritten werden. Es wurden gewählt: G. Labor als 1. Vorsitzender, E. Volte als 2. Vorsitzender, M. Förster als Kassierer, A. Hoffmann als Schriftführer. Als Revisoren fungieren Brand und Rohde.

Leipzig. Dienstag, den 18. Januar, fand im Volkshaus die Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Ferner erstattete der Kassierer den Kassen- und Geschäftsbericht. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. In den Vorstand wurden die Kollegen Hermann, Witzner, Walther, Quat und Holzweilig, als Revisoren die Kollegen Mödel, Dippner und Gaug gewählt. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Gaug wiedergewählt. Derselbe gab auch seinen Bericht über die Tätigkeit des Kartells. Unter Verbandsangelegenheiten wurde einem Antrage zugestimmt, die Arbeitslosenunterstützung in unserer Zahlstelle einzuführen. Eine Kommission wurde zur Ausarbeitung der Vorlage bestimmt.



Das einzige Mittel, die Mitglieder an regelmäßige Beitragszahlung zu gewöhnen, ist Hauskassierung!

Ein geregeltes Finanzwesen ist die Grundbedingung jedes organisatorischen Erfolges. Keine Zahlstelle sollte sich von der Einführung der Hauskassierung abhalten lassen. Sie bringt hundertfältige Früchte für den Verband und dessen Mitglieder. Agitiert deshalb für die Einführung der Hauskassierung!



Münster. Unsere Generalversammlung tagte am 14. Januar. Der Besuch war erfreulicherweise sehr gut; bei uns herrscht gegenwärtig ein sehr reges Vereinsleben. Der Kassierer Barthelmes erstattete seinen Bericht. Die Revisoren konnten befehlen, daß sich die Kassenführung in sehr guten Händen befindet. Dem Kassierer wurde dann die größte Anerkennung ausgesprochen. Bei der Neuwahl wurde als 1. Vorsitzender Anton Hofmann und Joseph Barthelmes als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden Joseph Malzer und Markus Ziegler gewählt. Die Debatte ergab, daß in Zukunft unser Augenmerk auf die Lohnfrage gerichtet werden müsse. In dieser Beziehung muß hier noch vieles gebessert werden.

Planen. Am 9. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer seinen Bericht. Von den Revisoren wurde alles geprüft und für richtig befunden. Die darauf folgende Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Otto Arst, 2. Vorsitzender Otto Pfeil, Kassierer Carl Schwarzott, Schriftführer Albert Stürmer; als Revisoren wurden die Kollegen Ernst Schuster und Ernst Feiler gewählt. Im weiteren wurde beschlossen, die Zahlstellengelder im Konsumverein nutzbringend anzulegen. Dieses Institut ist für die Arbeiter sehr nutzbringend. Außerdem kamen noch Angelegenheiten betr. des Plazes Stöcklin zur Sprache.

Reichenbach (Oberrh.). Am 16. Jan. fand unsere Generalversammlung statt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1900 wurde von den Revisoren für gut befunden. Nun wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Seibert, als 2. Vorsitzender Adam Trodt, als Kassierer Kollege Eudm. Bernhardt II, und als Schriftführer Kollege Marquardt gewählt. Dann brachte der Vorsitzende die Hilfsarbeiterfrage zur Sprache. In der nächsten Versammlung wird darüber noch eingehend geredet werden. Im Punkt Verschiedenes erwähnte

großstädtischen Volksküchen wird auch hier den Arbeitern billiges Mittag- und Abendbrot verabreicht. Wir steigen eine Treppe höher, um die Schlafräume zu besuchen. Die Luft ist dort allerdings nicht sehr angenehm, die Betten stehen zu nahe beisammen. Wir müssen hier einschalten, daß in den Lehestener Schieferbrüchen sehr viele Arbeiter aus den Rudolstädter und Reufischen „Weltstaaten“ tätig sind. Desgleichen sind mehrere hunderte Arbeiter im Oberfränkischen Seckhaft, in der Nähe von Nordthalben, wo der katholisch-liberale Farrer Grandinger seinen Sitz hat. Der Farrer Grandinger hat im Frankenswald eine besondere Organisation für die Waldarbeiter geschaffen. Taugen tut sie allerdings nichts. — Die Schieferbrucharbeiter, die stundenweit von Lehesten entfernt wohnen, beziehen also während der Woche in den Brüchen ihre Massenschlafquartiere. Hier müssen wir gleich die Lohnfrage kurz mit erörtern. Die tüchtigsten Arbeiter können es im Höchstfalle in den Sommermonaten auf 18 Mk. Lohn bringen. Im Durchschnitt darf ein solcher von 14—16 Mk. angenommen werden. Wir haben es in den Schieferbrüchen mit einer recht niedrig entlohnten Arbeiterschaft zu tun. Nun muß man bedenken, von diesen paar Mark geht die Bahnfahrt nach Bayern ab. (Sonnenabends nach Hause, Montags wieder zurück.) Die beiden Fahrten dürften trotz der Arbeiterfahrkarten 0.80—1.00 Mk. kosten. Dann muß aber der Arbeiter die Woche über in der Barade wohnen; sich dort befristigen, und weiter soll für seine Familie zu Hause auch noch etwas übrig bleiben. Die Ausgabe jedes Pfennigs muß mit großer Vorsicht abgewogen werden. Wenn hier der Erlanger Bülow einmal als Arbeiter tätig sein würde, wie weit würde er wohl kommen mit seinen Rechenkünften! — Die Arbeiter sehen durchweg schlecht genährt aus, ihre Wangen sind bleich und einge-

fallen. Wir möchten die Schieferarbeiter mit den schlecht genährten oberfränkischen Weibern in Parallele stellen. — Die soziale Seite dieser Arbeiterkategorie stimmt uns auch sehr bedenklich. Doch darüber werden wir später in einem Sonderartikel berichten.

Zur Debatte über die bevorstehende Generalversammlung.

Die Tagesordnung zur nächsten Generalversammlung ist in der Nummer 4 veröffentlicht worden. Im „Steinarbeiter“ wird sicherlich, wie es früher der Fall war, eine rege Debatte einsehen. Die Artikelschreiber möchten darum folgendes beachten:

1. Ohne große Einleitung direkt zu dem übergehen, was der Artikel zum Ausdruck bringen soll.
2. Den Stoff vor der Niederschrift höchst sorgfältig gruppieren, damit der Aufbau zum mindesten logisch genannt werden kann.
3. Keine Phrasen machen, ebenfalls sind bandwurmartige Satzkonstruktionen, die außer dem Einsender niemand versteht, zu unterlassen. Je kürzer die Sätze gehalten sind, desto leichter kann der Leser begreifen, was der Artikelschreiber eigentlich sagen will.
4. Nicht blindlings auf andre Organisationen verweisen, geschieht dies aber dennoch, so sind die jeweiligen Berufsverhältnisse zu berücksichtigen. Bei der Debatte über die Erwerbslosenunterstützung wird sehr gern auf die Metallarbeiter, Buchdrucker usw. Bezug genommen; unsere Berufsverhältnisse haben aber mehr Ähnlichkeit mit denen der Maurer und Bauhilfsarbeiter.
5. Zitate aus Protokollen und wissenschaftlichen Werken sind wortgetreu wiederzugeben. Es gibt polemisch veranlagte Leute, die recht oberflächlich zitieren, weil sie meinen, die wiedergegebenen Stellen werden von der Redaktion mit den Originalwerken nicht verglichen. Werden Zitate benutzt, so ist der Titel des betreffenden Buches anzugeben, ebenfalls auch die Seite, damit der Auszug ohne weiteres auf seine Richtigkeit hin geprüft werden kann.
6. Zu allen Verbandstagen wurden noch Anträge gestellt, die auf erhöhte Unternehmungen hinauslaufen; werden aber solche gewünscht, dann darf auch eine dementsprechende Beitragserhöhung nicht verweigert werden.
7. Die Artikelschreiber sollen es unterlassen, zu schematisieren. Die Stundenlöhne schwanken in der Steinindustrie zwischen 20 und 35 Pfg., und da lassen sich die Erfahrungen unserer großstädtischen Kollegen nicht so ohne weiteres in den Bruchgebieten praktisch verwenden.
8. Was der Kollege X. zu dieser oder jener Frage schon in zutreffender Weise ausgeführt hat, das soll der Kollege Y. nicht in oberflächlicher Weise wiederholen.

Da nun auch die Konferenzen demnächst beginnen, so möchten wir die Schriftführer auf folgendes aufmerksam machen: Die Berichte der Gauleiter erscheinen im Jahresbericht ausführlich. Aus diesem Grunde ist davon Abstand zu nehmen, daß die mündlichen Referate der Gauleiter im „Steinarbeiter“ recht eingehend wiedergegeben werden. Die Schriftführer müssen aus den Referaten den Kern herauszuschälen verstehen. Was die Debattereden angeht, ist ebenfalls kurz anzugeben, denn dadurch gewinnt man oft erst ein richtiges Bild über den Verlauf der Konferenz. Angenommene Resolutionen sind dem Wortlaute nach wiederzugeben.

Lehter Gruß.

Sei mir gegrüßt, du schöne Stadt,
Mein Hamburg an der Elbe.
Wo's mir so gut gefallen hat,
An Arbeit mir's nicht fehlte.
Wo munter ich den Knüttel schwing,
Wenn's sieben hat' geschlagen.
Wo ich manch lustig Liedchen sang,
Wo hat' ich nicht zu klagen.
Biel Arbeit gab es jagmal,
An Ringen, Spielen, Brücken.
Was ich erbielt war mir egal,
Scharierte an den Böden,
Ob Bremer, ob Cottaer Stein,
Das war mir völlig schnuppe.
Ich griff die Arbeit spielend an,
Wie eine Gummipuppe.
So war's vor Jahren,
Als ich noch im Vollbesitz der Kräfte.
Inzwischen haben Krankheit, Not
Verzehrt die Lebensäfte.
Heut grüß ich dich zum letztenmal,
Mein Hamburg an der Elbe.
Beh' wohl, leb' wohl, du schöne Stadt,
Wo's nun an Arbeit fehlte.
Jenny Horn, Hamburg.

Literarisches.

Photographischer Adreßkalender 1910 mit 128 künstlerischen photographischen Aufnahmen auf Kunstdruckpapier und einer großen Anzahl von praktisch erprobten Rezepten und Vorschriften aus dem Gebiete der Photographie. Verlag von Wilhelm Knapp, Halle a. S. Format 28 cm hoch, 18 cm breit. Preis 2 Mk. — Die vorgeführten photographischen Abbildungen müssen geradezu vorzüglich genannt werden.

Wir möchten die Schieferarbeiter mit den schlecht genährten oberfränkischen Weibern in Parallele stellen. — Die soziale Seite dieser Arbeiterkategorie stimmt uns auch sehr bedenklich. Doch darüber werden wir später in einem Sonderartikel berichten.

Die mittelhessische Schieferindustrie

hat ebenfalls eine nicht untergeordnete Bedeutung. Im Jahre 1904 waren in den 136 linksrheinischen Brüchen noch 1910 Arbeiter beschäftigt. Insgesamt hatte in demselben Jahre die Gesamtproduktion einen Wert von 1813 000 Mk. Wie aus Urkunden nachgewiesen werden kann, waren im Rheinland schon im Jahre 1355 Schieferbrüche im Betrieb. Sicherlich aber haben auch die Römer schon die Verwendung dieses Materials gekannt. Das mittelhessische Schiefermaterial soll von besonderer Güte sein. Es werden manchmal Bänke bis 150 Meter Länge und mit einer Höhe von 40—55 Zentimeter vorgefunden. Trotzdem soll der Abbau nicht mehr recht lohnend sein, weil die Bahnverbindungen recht schlecht sind. Um den Abfall zu heben, wurde im Jahre 1907 die „Moeselschiefergesellschaft“ gegründet. Doch sind in dieser Vereinigung sofort Streitigkeiten ausgebrochen, weil man sich über die „Abfallquoten“ nicht einigen konnte. Die großen Werke meinten nun, sie könnten weiter eine Ueberproduktion betreiben. Die kleineren Bruchbesitzer sollten ihre gefördertten winzigen Mengen noch weiter reduzieren lassen. Dieses Schauspiel zeigt sich ja bei den meisten wirtschaftlichen Zusammenschlüssen. Kaum ist eine Vereinigung perfekt, so stellt man an sie schon die größten Anforderungen, jedes Mitglied will dann schon ansehnliche Vorteile genießen. (Schluß folgt.)